



Secrétariat parlementaire  
Ratssekretariat

## **14ème procès-verbal du Conseil de ville / 14. Stadtratsprotokoll**

**Séance du jeudi 20 octobre 2011 à 18 heures**

**Sitzung vom Donnerstag, 20. Oktober 2011, 18.00 Uhr**

**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

---

### **Présents / Anwesend:**

Ammann Olivier, Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Blättler Schmid Isabelle, Blösch Paul, Bohnenblust Regula, Bösch Andreas, Calegari Patrick, Chevallier Barbara, Donzé Pablo, Dunning Samantha, Eschmann René, Esseiva Monique, Fischer Pascal, Freuler Fritz, Garbani Charlotte, Grivel Pierre-Yves, Grünenwald Samuel, Grupp Christoph, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Habegger Hans Peter, Hadorn Werner, Hügli Daniel, Isler Peter, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Köhli Hans Ulrich, Lachat Thomas, Linder Fiorella, Löffel Christian, Magnin Claire, Menekse Ali, Mischler Peter, Molina Franziska, Morier-Genoud Michèle, Moser Peter, Némitz Cédric, Nicati Alain, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pichard Alain, Rindlisbacher Hugo, Rüfenacht Daphné, Rüfenacht Martin, Scherrer Martin, Sermet Béatrice, Stöckli Schwarzen Heidi, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Wiederkehr Martin, Wiher Max

### **Absence(s) excusée(s) / Entschuldigt:**

Brassel Urs, Habegger Markus, Habegger Rudolf, Simon Fatima

### **Représentation du Conseil municipal / Vertretung des Gemeinderates:**

Erich Fehr, Maire

Conseillers/ères municipaux: Contini François, Klopfenstein Hubert, Liechti Gertsch Teres, Moeschler Pierre-Yves, Schlauri René, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

### **Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal / Entschuldigt Gemeinderat:**

-

### **Présidence / Vorsitz:**

Monique Esseiva, Présidente du Conseil de ville

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Regula Klemmer, Secrétaire parlementaire

<b>Affaires traitées / Behandelte Geschäfte</b>	<b>Page / Seite</b>
165. 20110035 Plan financier 2012 - 2016 .....	620
166. 20110297 Planification des investissements ESB 2012 - 2016 .....	632
167. 20110267 Renouvellement du système de téléaction pour l'eau et pour le gaz / crédit d'engagement.....	636
168. Motion urgente 20110252, Hanspeter Habegger, Groupe PPB plus, "Assainissement / Rénovation de la Salle du Hirschen à Bienne / Boujean" .	637
169. Motivation de l'urgence de l'interpellation 20110343, Daniel Hügli, SP "Autonomisation d'ESB: propagande de votation contre les intérêts de la Ville de Bienne avec l'argent des contribuables?" .....	639
170. Postulat 20110126, Max Wiher, PVL, "Votations consultatives à Bienne" .....	640
171. Postulat 20110170, Alain Nicati, Groupe Forum, "Notre canton doit rester bilingue" .....	645
172. Postulat interpartis 20110125, Peter Isler, SP, Nathan Güntensperger, PVL, Daphné Rüfenacht, Verts Bienne, "Adhésion à l'alliance climatique des villes suisses" .....	646
173. Interpellation 20110127, Daniel Hügli, SP, "Autonomisation d'Énergie Service Biel/Bienne (ESB): quand le Souverain pourra-t-il enfin s'exprimer (initiative ESV)?" .....	647
174. Interpellation interpartis 20110049, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Verts Bienne, Roland Gurtner, Passerelle, "Quels sont les projets de construction prévus dans le secteur Beaumont - Berghaus - Ried?" .....	648
175. Discours d'adieux Paul Blösch .....	652
176. Nouvelles interventions .....	655

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Mesdames et Messieurs, je vous souhaite la bienvenue à cette 14<sup>ème</sup> séance du Conseil de ville.

Vous trouvez sur vos tables le programme intitulé "Ne crains rien! Tout est sous contrôle!" des 6<sup>ème</sup> Journées philosophiques de Bienne qui se tient du 18 au 20 novembre 2011.

Je porte également à votre connaissance la démission, avec effet immédiat, de Monsieur Rudolf Habegger.

### 165. 20110035 Plan financier 2012 - 2016

**Stöckli Schwarzen Heidi, GPK:** In der Eintretensdebatte sagte ich gestern, für die GPK sei der Sparwille des Gemeinderats und sein Wille, den Finanzhaushalt in den Griff zu bekommen, erkennbar. Die Mehrheit der Mitglieder der Fraktionen Forum und GLP bezweifelte dies in der anschliessenden Diskussion. Ich möchte nochmals wiederholen, dass sich dieser Wille für die GPK darin zeigt, dass sich der Gemeinderat an die Vorgaben der Finanzstrategie hielt. Das vorgesehene Defizit von CHF 10 Mio. wurde im Budgetierungsprozess eingehalten. Dass danach ein Fehler entdeckt wurde, ist eine leidige Angelegenheit. Der Gemeinderat zeigte aber einmal mehr nicht nur mit Worten, sondern auch mit klaren Fristen und Vorgaben, dass er die CHF 6,6 Mio. im nächsten Jahr noch einsparen möchte. Im Weiteren zeigte sich der Wille des Gemeinderats für die GPK auch in einem Gespräch von letztem Donnerstag am Runden Tisch. Auch dort wurden wieder klare Vorgaben und Fristen genannt. Auch die Finanzstrategie lässt den Sparwillen erkennen.

Wie jedes Jahr steht auf Seite 2 des Finanzplans dick, dieser sei ein Führungsinstrument und diene den politischen Behörden als Frühwarnsystem. Wenn der vorliegende Finanzplan mit denjenigen der Vorjahre verglichen wird, stellt die GPK fest, dass der Gemeinderat das Heft stärker in die Hand nimmt und den Finanzplan ernsthafter als Führungsinstrument einsetzt. Dies zeigt sich zum Beispiel beim Aufwandüberschuss. Anders als in den vorangegangenen Jahren steigen die Planzahlen nicht in phantastische Höhen. Im letzten Bericht lagen die Defizite für die Jahre 2012, 2013 und 2014 bei CHF 37 oder 38 Mio.. Im heutigen Bericht wurden diese Zahlen bereits überarbeitet und nach unten korrigiert. Für 2013 ist nicht mehr ein Defizit von CHF 37 Mio., sondern eines von CHF 28 Mio. eingesetzt. Alle wissen, dass es sich dabei nur um Schätzungen und um ungenaue Zahlen handelt. Die GPK ist aber der Meinung, dass damit bereits ein Schritt hin zur Realität gemacht wurde. Wer den Plan anschaut sieht, dass der Gemeinderat bis Ende Oktober 2011 und als Vorarbeit für den Budgetierungsprozess 2013 eine Überarbeitung der vorgesehenen Planzahlen 2013 angeordnet hat. Im heutigen Finanzplan beträgt die Abweichung des Aufwandsüberschusses zwischen Budget 2012 und Planjahr 2013 CHF 18,6 Mio.. Davon dürften CHF 14 Mio. Transferzahlungen sein. Die grosse Herausforderung wird sein, diese Abweichung auszugleichen. Der Gemeinderat sagt im Finanzplan deutlich, dass es ohne schmerzhaftes Einschnitte nicht gelingen wird, eine ausgeglichene Rechnung 2013 zu erreichen. Dies zum einen, weil die Lasten und

insbesondere die Transferzahlungen, welche die Stadt nicht steuern kann, stetig steigen. Zum anderen aber auch, weil die Steuererträge aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung einbrechen könnten und auch Investitionen für die Stadien und die Schulhäuser getätigt werden müssen. Es ist allen klar, dass Gemeinderat und Verwaltung in der Regel am besten wissen, wo gespart werden kann, wo noch Luft vorhanden ist, wo noch zurückgefahren und was weggelassen werden könnte. Wenn es aber um diese hohen in Aussicht gestellten Summen geht, ist es klar, dass ein Aushandlungsprozess innerhalb von Gemeinderat und Verwaltung nicht ausreicht. Politische Aushandlungsprozesse sind nötig. Die Parteien müssen sich finden. Wie, was und wo soll gespart werden? Dazu braucht es den Runden Tisch. Der Gemeinderat kündigte letzten Donnerstag bereits an, dass Parteien und Gemeinderat zusammensitzen und diskutieren müssen.

Nun noch ein Wort zu den finanzpolitischen Zielsetzungen des Gemeinderats für 2013 - 2015: Das Nettoinvestitionsvolumen für Verwaltung und Spezialfinanzierungen wurde bei einem Realisierungsgrad von 70% auf CHF 48 Mio. geschätzt. Im Vergleich zum Vorjahr wurden diese Zahlen korrigiert. Damals ging man von einem Nettoinvestitionsvolumen mit einem Realisierungsgrad von 60% von CHF 56 Mio. aus. Auch die Teuerungsrate wurde von 0,8% auf 1,5% angehoben. Der Steuerfuss wurde nicht angepasst. Die GPK ist der Meinung, die Annahmen zum Nettoinvestitionsvolumen, zu den Personalkosten und zum Steuersatz seien realistisch. Angesichts des vorhandenen Eigenkapitals und der Spezialfinanzierung Buchgewinne ist eine Steuererhöhung als zusätzliche Massnahme im Moment nicht vertretbar. Wenn der Sparhebel auf der Aufwandseite für die nächsten Jahre so schmerzhaft angesetzt werden muss, sollte auch eine Steuererhöhung diskutiert werden. Dazu braucht es alle an einem Tisch.

Die Investitionsplanung ist im Finanzplan enthalten. Es fällt auf, dass der Gemeinderat diese erstmals nach Sachgruppen geordnet präsentiert. Zudem wurden die Prioritäten neu definiert. Die GPK findet das positiv. Die Umschreibung der Priorität 2, welche eine klare Etappierung eines Projektes vorsieht, findet die GPK ehrlicher als die frühere Handhabung, mit welcher nie klar war, ob ein Projekt vorgezogen oder nach hinten verschoben wird. Auch die Streichung der Priorität 9 war in den Augen der GPK längstens fällig. Neu führte der Gemeinderat als Beurteilungshilfe im Entscheidungsprozess zwei Begriffe zur Qualifizierung der Projekte ein. Der Status gibt Auskunft über den Stand eines Projekts und die Projekte werden neu nach Sachgruppen aufgelistet. Neu ist auch, dass die Heime künftig ihre Investitionen aufgrund des Bundesgesetzes über die Neuordnung der Pflegefinanzierung selber finanzieren müssen. Die Investitionsfolgekosten müssen über die eingeführte Infrastrukturpauschale von CHF 34.55 pro Tag und BewohnerIn finanziert werden. Aus Sicht der GPK wäre mehr Transparenz im Aushandlungsprozess der Investitionsplanung wünschbar. Welche Projekte finden wann und warum Eingang in die Investitionsplanung? Es sollte aufgezeigt werden, weshalb ein Projekt bevorzugt wird und ein anderes nach hinten verschoben, welche Projekte überhaupt gewünscht sind und wie sich die Direktionen in diesen Prozess einbringen können. Ich fragte nach, wie das in diesem Jahr war. Zuerst wurden die Projekte herausgefiltert, welche von der Sache her wichtig und dringend sind. Danach wurde die Liste mit den Direktionen ausgehandelt. Es handelt sich also um einen Aushandlungsprozess zwischen den Direktionen. Eine Verbindung zu den gemeinderätlichen Schwerpunkten ist nicht ersichtlich.

Als Fazit ist es der GPK wichtig, dass der Gemeinderat trotz der angespannten Finanzlage und den Sparmassnahmen das Investieren nicht vernachlässigt und sich weiterhin dem Leitsatz "sparen und investieren" verschreibt.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** Par définition, une planification financière vise avant tout à concevoir de manière optimale l'ensemble des futures activités de l'Administration et non pas uniquement à épargner et à constituer des réserves. Ce plan financier 2012-2016 ne répond que partiellement aux attentes projetées. En effet, ce document présente une liste de 300 projets d'investissement. Il reste à savoir comment tirer de cet "annuaire téléphonique" une conception optimale des futures activités de l'Administration. Vous trouvez en pages 15, 16 et 17 de ce plan financier, les charges et les revenus chiffrés pour les années à venir. Visualisons le graphique relatif à ces données: tout va bien pour les charges, qui jusqu'en 2016 restent relativement stables. En revanche, la courbe des profits chute drastiquement jusqu'en 2016. Cette diminution des revenus est notamment due à une augmentation des charges de transfert. Ces charges de transfert correspondent principalement à des charges, qui étaient auparavant remboursées par le Canton et qui ne le seront certainement plus à l'avenir.

Ainsi le plan financier 2012-2016 accuse une forte augmentation des charges et c'est là le plus grand problème. Cependant, il serait inadéquat de vouloir, à tout prix faire des économies par le biais d'une diminution des tâches de l'Administration. Il est par contre judicieux, le cas échéant, de diminuer les coûts de réalisation de certaines tâches de l'Administration. Il s'agit en effet de faire mieux et à meilleur compte. La Ville de Bienne prévoit d'investir 30,9 mio. fr. dans la rénovation de l'école du Châtelet. Ne pourrait-elle pas trouver une variante qui soit encore meilleur marché? Cette réflexion doit être systématiquement menée pour tous les futurs projets. Les sources de profit diminuent, la Ville doit lutter coûte que coûte pour les conserver et se poser les bonnes questions: comment faire plus de bénéfices et réduire les coûts de l'Administration? À première vue, les experts en fiscalité miseraient sur une augmentation des impôts. Or, à mon avis, les effets pervers (un exode massif de la population biennoise et un frein à l'arrivée de nouveaux habitants) de cette méthode s'avèrent contre-productifs à long terme. Finalement, malgré tous les efforts investis, la situation financière ne connaîtrait aucune amélioration.

L'ancien maire de Bienne, Hans Stöckli, considérait une diminution des coûts annuels d'environ 10 mio. fr. réalisable. Or, la planification financière n'est pas qu'une simple projection de ce qui est réalisable. Il s'agit avant tout de prétendre à la réalisation des objectifs, tout en admettant, que s'ils ne sont pas toujours entièrement réalisables, à chaque fois que le Conseil de ville a demandé le soutien de l'Administration. Mais, cette dernière a toujours répondu présent. L'expérience en fait foi. Dans la mise en commun de leurs efforts, le Conseil de ville et l'Administration biennoise ont pu atteindre des objectifs jusque là parfaitement inimaginables. L'Administration biennoise compte sur du personnel expérimenté, capable de mettre en mouvement les décisions et les actions de cette nouvelle politique financière. Je ne prétends pas que cela soit facile car les acteurs de ce changement doivent apprendre à penser différemment et cela représente beaucoup de travail. Un travail parfois ingrat, certes. Reste que la Ville de Bienne a les moyens de relever ce défi.

Pour terminer, la Commission de gestion porte à notre connaissance, que les pertes estimées ont été revues à la baisse. Le défi reste conséquent, mais le Groupe Forum est persuadé, qu'un changement de pensée et de mentalité portera ses fruits. Les objectifs présentés par le Conseil municipal dans le plan financier 2012-2016 doivent être suivis énergiquement, pour éviter de tomber dans un engrenage déficitaire. Si une ville de suisse en est capable, c'est bien la Ville de Bienne et ses habitants.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne Biel:** Das sind spannende Worte, Herr Nicati! Sie sagen, der Stadtrat brauche ein neues Denken. Dieser Aussage möchte ich mich vollumfänglich anschliessen. Unsere beiden Fraktionen kommen allerdings sonst nicht zum gleichen Schluss.

Einstein sagte: *"Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind."* Ich glaube, der Stadtrat ist zurzeit in einer solchen Situation. Gestern fand die Budgetdebatte 2012 statt. Das Budget 2012 ist nicht erfreulich und die Aussichten für die Folgejahre sind noch schlechter. Die Aufstellung der Aufwandüberschüsse zeigt Defizite auf, welche deutlich über die CHF 30 Millionen-Grenze klettern. Früher gab es das auch schon. Nach Sparrunden sowie erster und zweiter Lesung konnten diese Defizite jeweils merklich verbessert werden. Ob dies in den kommenden zwei bis vier Jahren auch wieder möglich sein wird, wage ich zu bezweifeln. Gestern sagte der Finanzdirektor, dass noch verschiedene Verschlechterungen absehbar seien, beispielsweise auf kantonaler Ebene. Teilweise seien diese im Finanzplan bereits berücksichtigt. Der Aufwandüberschuss des Kantons Bern wird aber in den nächsten Jahren auf mehrere CHF 100 Mio. klettern. Die Stadt braucht nicht davon zu träumen, dass die Gemeinden dabei ungeschoren davon kommen. Ich möchte aber auch nicht verschweigen, dass solche Entwicklungen nicht vom Himmel fallen. Gerade im kantonalen Parlament drängt die bürgerliche Seite zu Steuersenkungen. Dieser Druck ist kein Naturereignis, sondern gezielte bürgerliche Politik, welche dem Staat Substanz entzieht. Diese Substanz wird auch in Biel massiv fehlen. Ich gebe Herrn Nicati Recht, dass die bisherige Denkweise die Stadt nicht wirklich weiterbringen wird. Was kann getan werden? Die Einnahmeseite könnte noch verstärkt betrachtet werden. Lyss beschloss bereits eine Steuerfusserhöhung. Das finde ich keine gute Massnahme. Verringert sich die Steuerbelastung durch den Kanton, müssen die Gemeinden unter Umständen für einen Ausgleich sorgen.

Frau Stöckli sagte gestern: "Spare in der Zeit, so hast du in der Not." Das wurde in Biel gemacht. Die Spezialfinanzierungen wurden in den letzten Jahren aufgefüllt. Betrachte ich die Entwicklung und interpretiere die Zahlen richtig, werden diese Töpfe 2015 leer sein. Auch bei den Spezialfinanzierungen, deren Schaffung ich eine grossartige Leistung finde, sieht es also für die nächsten Jahre schlecht aus. Auch sie werden schmelzen wie Schnee an der Sonne. Es sei denn, es käme zu einer Wende. Das weiss niemand. In drei, vier Jahren könnte alles wieder anders aussehen. Aber woher sollte eine solche Wende kommen? Weshalb sollte plötzlich wieder mehr Geld vorhanden sein? Weshalb sollte die Krise, welche weltweit ein strukturelles Problem darstellt und eine massive Überschuldung praktisch aller Staatswesen mit sich bringt, ausgerechnet 2016 überwunden sein, wenn es Biel am meisten nützt? Hoffen kann man immer, aber hoffen ist in diesem Moment die falsche Option. Die Stadt hat noch keine konkreten Lösungsansätze, der Gemeinderat macht sich aber Gedanken dazu, welche in die Finanzstrategie einfließen werden. Es weiss aber niemand, in welche

Richtung es tatsächlich geht. Ich denke mit einem mulmigen Gefühl an die kommenden Jahre: egal ob als Stadtrat oder als normaler Bürger, alle werden diese schlechte Finanzlage zu spüren bekommen.

Ich möchte noch an etwas anknüpfen, was ich gestern im Rahmen der Budgetdebatte bereits erwähnte. Wenn ich sage, es brauche ein neues Denken, hat das auch damit zu tun, dass die Leistungen, welche die Stadt erbringt, überprüft werden müssen. Offenbar sind Finanzdirektion und die zuständigen Personen in der Verwaltung daran, aufzulisten, welche Leistungen für die Stadt unumgänglich sind und bei welchen Leistungen Spielraum besteht. Genau auf dieser Ebene muss der Stadtrat ansetzen. So viel Luft gibt es in der Verwaltung nicht. Es wird von Einsparungen in der Höhe von CHF 20 Mio. ausgegangen. Ich weiss nicht, wo so viel Luft vorhanden sein soll. Es hat noch etwas Luft, aber sicher nicht mehr soviel. Das heisst, der Stadtrat wird über Leistungsverschiebungen, vielleicht gar über Leistungsabbau diskutieren müssen. Das ist die Quintessenz, welche ich dieser Finanzstrategie entnehme. Wohin sie führt, weiss ich nicht. Ich bin nicht Finanzspezialist, die Stadt hat aber solche und ich hoffe, dass sie dem Stadtrat gute Wege aufzeigen können, welche gemeinsam begangen werden können.

Nun möchte ich noch zu den ausgewiesenen Investitionen kommen. Aus Sicht meines beschränkten finanztechnischen Wissens wurde die Investitionsplanung dank der neuen Prioritätenordnung sehr viel übersichtlicher. Wie werden Prioritäten gesetzt? Es wird beurteilt, was dringend und was wichtig ist. Projekte, für welche beides zutrifft, erhalten die höchste Priorität. In der Prioritätenordnung der Finanzplanung entsprechen diese Merkmale Priorität 3. Mich freut es, dass für diese Kategorie zwei verschiedene Darstellungen gemacht wurden. Aus diesen wird ersichtlich, dass die meisten Investitionen Priorität 3 aufweisen. Dank diesen Darstellungen kann ein besserer Überblick über die verschiedenen anstehenden Projekte gewonnen werden. Ich danke dem Gemeinderat für diese Neuordnung und die saubere Darstellung. So wird es auch einem simplen Stadtratsmitglied möglich, die Investitionsplanung nachzuvollziehen. In den Prioritäten 3 und teilweise auch 4 wird ersichtlich, welches die grossen Ausgaben sein werden: verschiedene Schulhäuser, das Kontrollgebäude, das Kongresshaus und andere Bauten. Aber auch Verkehrsprojekte fallen in diese Priorität. Ich glaube, irgendwo habe ich sogar die verkehrlich flankierenden Massnahmen entdeckt. Falls sich die Finanzen wie geplant entwickeln, hat die Stadt noch Mittel zur Verfügung, um die Investitionen in den Prioritäten 3 und 4 an die Hand nehmen zu können.

Ich möchte mich noch zur Informatik äussern. Die Fraktion Grüne schaute diesen Posten etwas genauer an und runzelte die Stirn. Tatsächlich steigen die Kosten dafür immer mehr. Ich denke, dort dürfte Luft vorhanden sein. Ich weiss, dass nicht von einem Privaten oder einem KMU auf die Stadtverwaltung geschlossen werden kann. Aber im Allgemeinen sinken die Informatikpreise. Die Geräte wie auch die Software werden billiger. In der Stadt ist es umgekehrt. Ich weiss nicht, wie dies bei anderen Gemeinwesen ist. In Biel nehmen die Informatikkosten für Soft- und Hardware jedenfalls stetig zu. Das darf einfach nicht sein, es muss genau hingeschaut werden, zumal es sich auch um grosse Beträge handelt.

Die Fraktion Grüne wird die finanzielle Entwicklung der Stadt sehr aufmerksam und mit Sorge weiter beobachten. Ein bisschen Prinzip Hoffnung sei erlaubt: vielleicht

verbessert sich die angespannte Situation auf der Einnahmeseite irgend einmal wieder...

**Némitz Cédric, au nom du Groupe socialiste:** Le plan financier 2012-2016 ne permettra probablement pas d'atteindre l'équilibre budgétaire annoncé pour 2013. Ce but sera tout aussi difficile à atteindre pour ces prochaines années. Ceci dit, il est primordial que les investissements se poursuivent dans les domaines importants, tel que le domaine des écoles. À cet égard, il convient de relever la liste impressionnante des rénovations à réaliser dans les locaux scolaires. La Ville de Bienne doit y faire face. Pendant des décennies, notre Ville a réalisé des économies sur le dos des écoles. Nous en payons le prix aujourd'hui! Cette débâcle témoigne de l'importance du choix des investissements et des économies à réaliser. Il faut en effet faire preuve de beaucoup de prudence dans les décisions et bien réfléchir à ce qui est vraiment possible, car certains projets d'économie peuvent se révéler après coup contre-productifs. Le Conseil municipal fixe les priorités des investissements. Il s'agit avant tout d'assumer les décisions prises et de consolider les projets en cours. S'agissant des locaux scolaires, il en va de l'avenir de notre jeunesse et de toute la population. Ce domaine concerne la population biennoise dans son ensemble. Le Conseil municipal a très clairement signifié qu'il voulait à tout prix éviter de sombrer dans la spirale de l'endettement. Les chiffres du plan financier 2012-2016 indiquent des marges étroites et difficiles. La tâche de l'Administration sera rude. Je tiens donc à m'associer aux appels de mes collègues du Conseil de ville et à faire preuve de beaucoup de créativité dans la recherche de solutions possibles.

**Güntensperger Nathan, Fraktion GLP:** Frau Stöckli, die Finanzstrategie wurde nicht eingehalten, da das Defizit effektiv CHF 17 Mio. und nicht CHF 10 Mio. beträgt. Wie Herr Fehr gestern relativ entwaffnend sagte, wurde offenbar einfach geplant und irgend einmal wurde ein Defizit von CHF 10 Mio. erreicht und es konnte mit Sparen aufgehört werden. Dann kam es zu diesem Fehler, der aber anscheinend im Rechnungsjahr noch aufgefangen werden kann. Das heisst, es wurde von Anfang an nicht so viel gespart, wie möglich gewesen wäre. Herrn Grupp möchte ich sagen, dass der Kanton Bern eine sehr hohe Steuerbelastung aufweist. Ein anderer Kanton mit einer ähnlichen, wenn nicht sogar schlechteren Steuerstruktur, der Kanton Graubünden, hat eine tiefere Belastung. Ich frage mich, weshalb das so ist. Von dem her gesehen muss beim Kanton wohl schon auch etwas unternommen werden.

Auf Seite 3 des Finanzplans steht: *"Budgetiert eine Gemeinde einen Bilanzfehlbetrag oder weist sie einen solchen in der Jahresrechnung aus, enthält der Finanzplan einen Überblick gemäss Art. 64 Abs. 2 (Gemeindeverordnung (GV) des Kantons Bern) und zeigt zusätzlich auf, wie und innert welcher Frist der Bilanzfehlbetrag ausgeglichen wird."* Also sollte der Finanzplan doch eigentlich aufzeigen, wie das Budget ausgeglichen werden soll. Davon sehe ich nichts. Der Personalaufwand steigt bis 2015 um CHF 4,2 Mio. an, von CHF 66,9 Mio. auf CHF 71,1 Mio. und der Sachaufwand um CHF 1,8 Mio. von CHF 34,4 Mio. auf CHF 36,2 Mio.. Gleichzeitig rechnet die Finanzdirektion mit sinkenden Einnahmen, ich kam auf rund CHF 27 Mio. weniger. Ich weiss nicht, ob ich das Wesen des Finanzplans noch immer nicht ganz verstanden habe. Für mich bedeutet Finanzplan, dass die Entwicklung von Aufwand und Ertrag der nächsten Jahre "geplant" wird. Der Finanzplan soll aufzeigen, wo gegenüber heute mehr oder weniger ausgegeben respektive eingenommen werden soll. Wenn also nur aufgezeigt wird, was passiert, wenn nichts unternommen wird,



muss die Verwaltung nächstes Jahr einen Bilanzfehlbetrag von CHF 28,7 Mio. eliminieren. Ich sehe, dass zwischen 2009 und 2012 bei den Personalkosten eine Differenz von +5,4%, beim Sachaufwand eine von +6,5% und nur gerade bei den Subventionen ein Minus von 5,2% ausgewiesen wird. Gleichzeitig sanken die Erträge der von der Stadt selber beeinflussbaren Konti um 2,4%. Werden die Richtwerte des Runden Tisches von vergangener Woche für 2013 herbeigezogen, ergeben sich rund CHF 4 Mio. Mehrerträge und Einsparungen von sage und schreibe CHF 24,7 Mio.. Eine Reduktion beim Personalaufwand um CHF 1 Mio. - gemäss Finanzplan - bedeutet nichts anderes, als dass der Personalaufwand 2013 immer noch gleich hoch ist wie 2012. Beim Sachaufwand bedeutet eine Einsparung von CHF 1,1 Mio. immerhin eine Reduktion von 3,2% gegenüber dem im Finanzplan für 2013 vorgesehenen Betrag. Die CHF 24,7 Mio., welche eingespart werden müssen, bedeuten aber Einsparungen beim Gesamtaufwand von -6,1% (Budget 2012) oder von bei den selber beeinflussbaren Aufwandkonten von -16,7%. Für die Fraktion GLP ist ein solches Szenario ziemlich unrealistisch. Aber sie lässt sich gerne eines Besseren belehren.

**Freuler Fritz, Grüne Biel:** Ich glaube, es besteht ein breiter Konsens darüber, dass die wirtschaftliche Situation in der Schweiz ungewiss ist. Wird es nächstes Jahr ähnlich sein wie 2008, oder ist dies erst in drei Jahren der Fall? Klar ist jedoch, dass sich die öffentliche Hand in den letzten drei Jahren enorm verschuldet hat und sich weiter verschuldet. Irgendeinmal bekommt sie die Rechnung dafür. Soweit zum Konsens. Kein Konsens besteht im Stadtrat aber über die Eigenmittel. Eine Mehrheit des Rates ist der Meinung, diese dürften in schwierigen Zeiten gebraucht werden, um die durch die Verwaltung erbrachten Dienstleistungen zu bezahlen. Dies schliesse ich aus dem gestrigen Entscheid zum Budget 2012. Wenn diese Reserven aufgebraucht sind, rutscht die Stadt aber in ein ungedecktes Defizit. Dannzumal müssen Prioritäten gesetzt werden. Welche Dienstleistungen und Investitionen haben Vorrang? Für die Fraktion Grüne ist es klar, dass die Kinder Krippenplätze brauchen, zur Schule gehen müssen und dort die Qualität von Unterricht und Infrastruktur gut sein soll. Damit ist Herr Pichard sicher einverstanden. Herr Nicati, si vous dites qu'il faut faire la même chose, mais meilleur marché, denke ich, das hat etwas Wahres. Es gibt aber Grenzen. Bei der Produktion von Autos zum Beispiel gibt es ein enormes Rationalisierungspotenzial. Dazu gebe ich ein Beispiel aus einer Branche, welche ich etwas kenne: Kürzlich sagte mir ein Chefarzt der Universitären Psychiatrischen Dienste Bern (UPD) Waldau, vor einigen Jahrzehnten hätten psychisch Kranke mit Depressionen rund acht Monate in der Klinik verbracht. Heute beträgt der Klinikaufenthalt in der UPD Waldau noch durchschnittlich zehn Tage! Es gab also tatsächlich ein Rationalisierungspotenzial. Heute ist es aber einfach nicht mehr möglich, die Aufenthaltsdauer noch weiter zu senken. Wer Depressionen hat, braucht soviel Zeit für eine Behandlung. Ich übertrage dies auf die Stadt Biel. Diese verfügt über viel Pflegepersonal in städtischen Heimen. Wie soll dort rationalisiert werden? Klar, bei der Kommunikation gibt es vielleicht noch Potenzial. Wer zu Hause Kinder betreut weiss jedoch, dass Zeit nicht einfach rationalisiert werden kann. Genau so ist es beim Heimpersonal. Alles braucht seine Zeit. Wird dort gespart, geht es entweder auf Kosten der betagten Leute, der Kinder oder des Personals. Dazu wird die Fraktion Grüne nicht Hand bieten. Die vorhandene Qualität soll beibehalten werden. Für die Fraktion Grüne gibt es zwei Möglichkeiten, um diese Qualität zu erhalten: entweder müssen neue Einnahmen generiert werden oder die Stadt muss schauen, wo noch

Luxus vorhanden ist. Für mich ist ein Fussballstadion ein solcher Luxus, denn es trägt nichts zur Existenzsicherung bei.

**Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP:** Ich stimme Herrn Güntensperger zu, dass das Defizit in Wirklichkeit CHF 17 Mio. beträgt. Dank der Entnahme aus der Spezialfinanzierung Buchgewinne kann es aber offiziell auf CHF 10 Mio. heruntergebrochen werden. Ich bin als GPK-Mitglied der Meinung, dass sich der Gemeinderat im Budgetierungsprozess an die Finanzstrategie hielt, denn nach der zweiten Lesung betrug das Budgetdefizit noch CHF 10,9 Mio.. Für den nachträglich aufgetauchten Fehler, kann der Gemeinderat nichts. Im Budgetierungsprozess hielt er sich an die Vorgaben aus der Finanzstrategie. Wenn Herr Güntensperger nun sagt, der Gemeinderat habe zu wenig gespart und es wäre noch mehr möglich gewesen, finde ich das nicht ganz in Ordnung. Hätte der Stadtrat ein kleineres Budgetdefizit gewünscht, hätte er diese Forderung spätestens bei der Kenntnisnahme des Zwischenberichts zur Finanzstrategie deponieren müssen. Darin war für 2012 klar ein maximales Defizit von CHF 10 Mio. ausgewiesen. Der Gemeinderat hätte auch sagen können, er wolle innerhalb einer Woche ab Bekanntwerden des Fehlers irgendwo CHF 7 Mio. einsparen. Dies hätte die Fraktion SP aber unseriös gefunden. Der jetzt gefundene Weg (Entnahme von CHF 7 Mio. aus der Spezialfinanzierung Buchgewinne) und zu versuchen, den Betrag im Lauf des Rechnungsjahres mittels eines seriösen Aushandlungsprozesses wieder einzusparen, findet die Fraktion SP seriöser.

Gestern sagte ich: "Spare in der Zeit, so hast du in der Not." Für die Fraktion SP gilt dies aber nicht endlos. Die Stadt hat nicht endlos Geld in der Not. Dieses Motto gilt bis 2013, also für Rechnungen 2011 und 2012, danach nicht mehr. Deshalb sind Gemeinde- und Stadtrat daran interessiert, dass sich die Situation dann verändert und die Stadt nicht in eine endlose Spirale gerät. Nach 2012 ist kein Polster mehr vorhanden. Deshalb muss sich der Stadtrat zusammenraufen und sich spätestens im Dezember am Runden Tisch ernsthaft die Frage stellen, wo, wie, und wieviel eingespart oder zusätzlich generiert werden soll.

**Pichard Alain, GLP:** Herr Grupp, das von Ihnen erwähnte "neue Denken" habe ich bereits vollzogen, indem ich aus der Grünen Partei austrat und der GLP beitrug. Nun sind in meiner Fraktion drei Unternehmer. Herr Güntensperger, welcher viele Zahlen aufgezeigt hat und weiss, was Passivzinsen sind, Herr Freuler. Er weiss, wie ein Betrieb geführt wird. Er weiss, dass er damit eine Verantwortung trägt. Deshalb schaut er die Zahlen genau an. Herr Freuler sagt, ich sei sicher mit ihm einig, dass an den Schulen nicht gespart werden dürfe. Selbstverständlich darf an den Schulen gespart werden! Das Quantitätsdenken, wonach jede neue Stelle auch mehr Qualität bringt, ist einfach nicht richtig. Es tut mir leid. Deshalb sage ich auch, die 40% Leitungsstelle für Schulsozialarbeit sei Ressourcenklau. Ich wäre nicht gegen eine solche Ausgabe, wenn sie direkt in die Schule investiert würde, nämlich bei den Schulleitungen. Es gibt in der Stadt mindestens 10 Stellen, gegen welche sich die Fraktion GLP immer wieder wehrt. Es geht dabei nicht gegen den Staat oder um Sozialabbau, wie im Facebook zu lesen war, wo die GLP als neoliberal beschimpft wird. Ich möchte erwähnen, dass Herr Güntensperger beispielsweise der Motion 20100229, A. Tanner, "Keine Geschäfte mit verantwortungslosen Banken" zustimmte. Herr Freuler bringt immer solche Beispiele wie das mit der Waldau. Bei Herrn Güntensperger lernte ich, dass immer auf das geschaut werden muss, was ist, hier

also unsere Stadt Biel. Nun möchte ich noch auf Herrn Isler zu sprechen kommen: Er streckte die Hand aus und sagte, nun müsse auf Polemik verzichtet und Brücken geschlagen werden. Ich sage nochmals: wenn die Fraktion GLP nun mit dem Finanzplan nicht einverstanden ist, ist sie weder neoliberal, noch für einen Staatsabbau. Sie hat einfach eine andere Sicht und einen anderen Einblick in diesen Staat. Sie will grosse Kahlschläge vermeiden. Das ist eine Haltung, welche es wert ist, diskutiert, aber nicht diffamiert zu werden.

**Kaufmann Stefan, FDP:** Die Aussage über das "neue Denken" gefällt mir auch. Wenn verwirklicht wird, was ich vorhin gehört habe, finde ich es einen interessanten Ansatz: eine Auslegeordnung über die notwendigen und sonstigen Dienstleistungen der Stadt. In meinem Geschäft definierte ich vor 10 Jahren eine Dienstleistung, die ich interessant fand und von der ich glaubte, sie biete meinen Kunden einen Mehrwert. Mittlerweile hat das Geschäft aber eine Dimension, angesichts derer ich diese Dienstleistung nur noch mit einem immensen Aufwand aufrecht erhalten kann. Ich wollte sie abschaffen, meine Mitarbeitenden sagten aber, das gehe nicht. Darauf habe ich mit meiner Kundschaft gesprochen. Niemand nahm diese Dienstleistung als Mehrwert wahr. Ich kann sie also abschaffen und höchstens eine oder zwei Personen werden dies bedauern. Ich bin überzeugt davon, dass auch in der Stadt Dienstleistungen angeboten werden, von welchen der grösste Teil der Bevölkerung nicht merken würde, wenn sie wegfallen. Deshalb ist diese Auslegeordnung für mich etwas höchst Interessantes, worauf ich sehr gespannt bin. Sie wird eine politische Diskussion darüber erlauben, was sich die Stadt noch leisten will und was nicht.

Nun noch zu Herrn Freuler: Bei den Altersheimen gibt es Stellenrichtpläne, welche vom Kanton vorgeschrieben sind. Dort kann also nicht heftig gespart werden. Die Stadien wurden bereits gestern ins Spiel gebracht, was ich etwas mühsam finde. Klar braucht es ein solches Stadion nicht zwingend. Es braucht aber auch keine Orchestergesellschaft oder kein Stadttheater. Wenn sich der Stadtrat dies leisten will, dann soll er das tun. Er muss einfach wissen, wofür er hinsteht und wieviel es kostet. Ich finde es mühsam, wenn das eine gegen das andere ausgespielt wird.

**Fehr Erich, Finanzdirektor:** Ich möchte für die interessante und sehr sachliche Diskussion bestens danken. Die Situation ist in der Tat nicht einfach. Der Finanzplan weist für die nächsten drei Jahre im Schnitt ein Defizit von CHF 33 Mio. aus. Für 2013 sind es im Moment CHF 28 Mio.. Darin enthalten sind CHF 14 Mio. Mehrbelastungen durch den Kanton aus der Lastenverteilung. Das heute prognostizierte Defizit liegt unter diesem Wert. Damit ist die Aussage klar widerlegt, dass der Gemeinderat nicht bereit sei, dort zu sparen, wo es ihm möglich ist und wird klar, dass der Gemeinderat seine Pflicht ernst nimmt. Zudem gab es für den Finanzplan 2013 beim Personal- und Sachaufwand bereits Vorgaben. Die Herren Nicati und Güntensperger stört, dass der Finanzplan keine genauen Zahlen liefern kann. Es ist jedoch nie klar, wie sich die Wirtschaft entwickelt. Auch andere Parameter, beispielsweise Vorgaben vom Kanton, sind jeweils noch nicht bekannt. Vielleicht gibt es auch nächstes Jahr wieder eine Überraschung und die Zunahme bei den Beiträgen zum Lastenausgleich ist kleiner als heute angenommen. Diese Werte können für die weitere Zukunft kaum exakt festgehalten werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es mit dieser unsicheren Ausgangslage sinnvoller ist, jetzt ernsthaft am Jahr 2013 zu arbeiten, als bereits die Werte 2014 oder 2015 detailliert aufzuarbeiten.

Der Sprecherin der GPK möchte ich danken, dass sie den Effort des Gemeinderats zur Optimierung der Investitionsplanung (IVP) positiv würdigte. Sie äusserte den Wunsch nach mehr Transparenz. Das ist leider nicht möglich. Die Sprecherin der GPK nannte nämlich bereits alle Elemente, die der Gemeinderat bei der Festlegung der Prioritäten berücksichtigte. Letztendlich ist die IVP ein Aushandlungsprozess, in welchem Projekte angeführt werden, die dringend und wichtig sind. Zudem muss darauf geachtet werden, dass in allen Bereichen etwas realisiert werden kann. Ansonsten gerät ein Bereich plötzlich total ins Hintertreffen, was ja auch nicht sinnvoll wäre. "Sparen und Investieren" - dieser alte Slogan meines Vorgängers ist sicher richtiger denn je. Auf dieses Thema komme ich noch zurück.

Herr Nicati erwähnte, dass die Einnahmen in den Planjahren massiv zurück gehen. Dazu müssten auch die Jahre vor 2012 angeschaut werden. Die Finanzplanung 2013 weist auf der Ertragsseite einen massiven Rückgang gegenüber dem Budget 2012 auf. Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für die Stadien, aber auch für andere Zwecke, werden nicht mehr im gleichen Ausmass anfallen, wodurch Schwankungen entstehen.

Es ist eine gute Idee, gleiche Dienstleistungen günstiger zu erbringen, solange dadurch nicht prekäre Arbeitsbedingungen entstehen. Für die bald CHF 81 Mio. Transferzahlungen aus dem Lastenausgleich Soziales kommt nicht einfach ein Einzahlungsschein aus Bern. Spielraum gibt es keinen! Das ist möglicherweise auch das Frustrierende: der Stadtrat kann dafür kämpfen, CHF 1 Mio. einzusparen. Kommt dann aber ein Brief aus Bern, kann dieser alle Anstrengungen zunichte machen. Deshalb sollen die Sparbemühungen aber nicht auf Eis gelegt werden. Ich möchte damit einfach zeigen, wie stark die Stadt Fremdeinwirkungen ausgeliefert ist. Selbstverständlich muss eine Verbesserung in allen Bereichen erzielt werden. Eine Steuererhöhung steht aber nicht im Vordergrund. Weshalb, habe ich gestern erklärt und auch allfällige Voraussetzungen erläutert. Bevor die Bevölkerung von einer solchen Massnahme überzeugt werden kann, müssen die Hausaufgaben im Bereich Ausgaben gemacht werden. Aufgrund der mit der Wirtschaftsentwicklung verbundenen Risiken und wenn man bedenkt, dass die Notenbanken bereits viel Geld ohne grosse Wirkung in die Weltwirtschaft gepumpt haben, könnte es dennoch soweit kommen, dass auch Biel über eine Steuererhöhung diskutieren muss. Der Gemeinderat möchte das nicht, aber andere Gemeinwesen, insbesondere Kanton und Bund, bauen Aufgaben und Leistungen ab und übertragen sie den Gemeinden. Deshalb ist der Hinweis richtig, dass auf kantonaler Ebene entschieden werden muss, wie Finanzpolitik aussehen soll. Im politischen System der Schweiz mit den drei Ebenen Bund, Kanton und Gemeinden stellen letztere eine Art Endstation dar. Immer wieder kommt es zu Situationen, in welchen Leistungen aufgrund von Budgetkürzungen bei Bund und Kanton nicht mehr erbracht werden können. Am Schluss obliegen die Leistungen den Gemeinden und in Biel sind sich oft alle Parteien einig, dass sie für die Stadt dermassen wichtig sind, dass sie sogar dann übernommen werden, wenn niemand anderes dafür bezahlt. Das kann dazu führen, dass die Stadt finanziell unter Druck gerät. Für mich steht dieses Problem aber nicht im Vordergrund, und zwar deshalb nicht, weil der Gemeinderat nie dem Steuersenkungswahn verfiel. Er hatte immer ein gesundes Mass. Nur als sich die finanzielle Situation der Stadt tatsächlich verbesserte, beantragte er eine Steuersenkung. Ich bin nicht grundsätzlich gegen einen Steuerwettbewerb, aber nur in einem gesunden Rahmen. Das "Race to the bottom", welches in den letzten Jahren

stattfinden und in welchem auch versucht wird, den Staat finanziell auszuhungern, zeigt jetzt seine Wirkung. Gewisse Kantone, die sehr aktiv waren und über die Grenze des Verantwortbaren hinausgingen, trifft es jetzt und sie müssen möglicherweise als Erste ihre Steuern wieder anheben. Es wurde gewünscht, dass der Verwaltung die nötigen Aufträge erteilt werden, um die Zahlen zu überarbeiten. Diese Aufträge sind erfolgt. Bis Ende Monat haben die Direktionen die Möglichkeit, selber Vorschläge zu machen. Diese kommen dann zurück zur Finanzdirektion und werden dort nochmals mit den anderen Direktionen besprochen. Die Ergebnisse kommen dann Ende November in den Gemeinderat und werden am 8. Dezember 2011 am Runden Tisch diskutiert. Dannzumal wird die Differenz zwischen dem Ziel eines ausgeglichenen Budgets 2013 und dessen aktuellem Zustand bekannt sein. Auf diesen Kenntnissen basierend wird anschliessend der eigentliche Budgetprozess mit weiteren Diskussionen und Massnahmen stattfinden. Auf diese Phase bin ich sehr gespannt und ich zähle auf die Unterstützung aller Fraktionen, denn anders wird eine konstruktive Zusammenarbeit nicht möglich sein. Ein solider Finanzhaushalt ist wichtig, damit der Staat auch in Zukunft seine Leistungen erbringen kann.

Herr Grupp, alle heute bekannten Verschlechterungen sind in den vorliegenden Zahlen bereits berücksichtigt. Es bleiben die weltwirtschaftlichen Risiken. Sie lobten die Prioritätenkategorie 3 und sagten, dort fielen die meisten Investitionen an. Ja, das stimmt, entbehrt aber nicht einer gewissen Logik. Priorität 1 steht für Projekte, welche im laufenden Jahr abgeschlossen werden. Priorität 2 steht für Projekte, welche bereits laufen. Dabei nimmt der Finanzbedarf ab. In Priorität 3 sind Projekte aufgeführt, welche vor der Ausführung stehen. Deshalb ist diese Zahl immer am höchsten.

Herr Némitz, selbstverständlich kann Schulraum immer noch optimiert werden. Das Wort "délaisser" würde ich für unsere Schulen etwas relativieren. Ich denke, dass inzwischen Dank des Geldes, aus dem Verkauf der Gymnasien und Berufsbildungszentren an den Kanton vor gut 10 Jahren, bei den Volksschulen viel gemacht wurde. Dabei denke ich an die Schulhäuser Friedweg, Madretsch, Poststrasse, Plänke, Vingelz und weitere. Verschiedene Schulhäuser konnten also bereits saniert werden. Aber es gibt in Biel halt viele Schulhäuser. In den Jahren der Hochkonjunktur (1960er- und 1970er-Jahre) mussten aufgrund dieses Wachstums neue Schulhäuser gebaut werden. Das Geld wurde damals nur dafür gebraucht. Es gab keine Möglichkeit, die bereits bestehenden Schulen zu sanieren. Das führte dazu, dass der aufgestaute Unterhalt heute relativ gross ist.

Eine Zunahme der Schulden sollte weitgehend vermieden werden. Ich muss aber klar sagen, dass Schulden logischerweise zunehmen, wenn Defizite geschrieben werden müssen. Das ist unvermeidlich. Nochmals zur Frage der CHF 10 Mio. Defizit im Budget 2012 (es handelt sich übrigens um CHF 9,94 Mio.): Ursprünglich waren es CHF 10,09 Mio.. Dank dem, dass der Betrag für das Palace gestern gestrichen werden konnte, fiel das Defizit nun unter die CHF 10 Mio.-Grenze. Aber auch dort war der Gemeinderat ehrlich. Diese Grenze wurde nicht aus taktischen Gründen unterschritten. Der Gemeinderat präsentierte diese Zahlen so, wie sie sind. Damit möchte er Vertrauen schaffen und dem Stadtrat beweisen, dass er es ernst meint.

Herr Güntensperger warf dem Gemeinderat gestern vor, er hätte sich mit CHF 10 Mio. zufrieden gegeben. Das stimmt nicht. Die Finanzstrategie wurde im Stadtrat

mehrmals diskutiert. Sie sah für 2012 ein Defizit von CHF 10 Mio. vor. Dem Gemeinderat wurde mehrmals signalisiert, ja nicht mehr zu machen und ja nicht zu harte Massnahmen zu treffen. Nicht von Ihnen persönlich, Herr Güntensperger, aber von der Mehrheit des Stadtrats. Das ergibt sich auch aus den Vorstössen und getroffenen Beschlüssen. Der Gemeinderat kam so zum Schluss, dass es keinen weiteren Spielraum gibt. Um das Budgetdefizit weiter zu senken, hätten harte Massnahmen getroffen werden müssen. Der Gemeinderat war jedoch überzeugt, dass dafür im Stadtrat keine Mehrheit gefunden werden kann, solange das Budget der Finanzstrategie entspricht. Die Ausgangslage hat sich nun geändert und deshalb ergeben sich auch neue Handlungsmöglichkeiten. Somit geht es nicht um Bequemlichkeit des Gemeinderats, sondern um eine realistische Einschätzung der politischen Machbarkeit. Selbstverständlich werden aber harte Massnahmen das Budget 2013 beeinflussen. Ich warte schon heute gespannt auf die Reaktionen des Stadtrats auf die konkreten gemeinderätlichen Vorschläge. Die Bereitschaft, über diese zu diskutieren, wird unumgänglich sein. Deshalb ist der von Herrn Güntensperger erhobene Vorwurf aus meiner Sicht nicht gerechtfertigt. Abgesehen davon ist die Entnahme aus der Spezialfinanzierung Buchgewinne rechtlich zulässig, zumal eine solche nicht zum ersten Mal vorgenommen wurde. Sie wurde im Übrigen bisher nur noch nie bei der Rechnungslegung beansprucht. Ich möchte nochmals betonen, Herr Güntensperger, dass der Gemeinderat nicht einfach untätig blieb. Er hat bereits im Rechnungsjahr 2011 Sofortmassnahmen ergriffen, etwas, was es in dieser Form vorher noch nie gab. Für 2012 wurden klare Vorgaben erlassen, welche nun aber leider von diesem Planungsfehler überlagert werden. Die Zahlen im Finanzplan 2013 wurden bereits ein erstes Mal optimiert. Daran wird nun wie in einem Budgetierungsprozess weitergearbeitet. Herr Güntensperger analysierte das Wachstum in gewissen Rubriken von 2009 - 2012. Dies ist aber der falsche Betrachtungszeitraum, denn 2009 herrschten noch gute Zeiten. Ab 2010 wurden klare Massnahmen getroffen. Ab dann erfolgt kein solches Wachstum mehr, wie es Herr Güntensperger beschreibt. Das Eigenkapital ist dazu da, um das Leistungsniveau der öffentlichen Hand auch in schlechten Zeiten beibehalten zu können. Ich muss einfach einwenden, dass es im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends ein paar ganz gute Jahre gab. Die Stadt hat damals vielleicht etwas gesündigt, weil die Ausgaben hochgefahren wurden, so dass es bereits in guten Jahren knapp wurde. Die Krise kann jetzt aber nicht einfach ausgesessen und Eigenkapital eingeschossen werden. Dafür hat die Stadt zu wenig Eigenkapital, weil sie sich in den guten Jahren zu wenig zurückhaltend zeigte.

Es wurde mehrmals gesagt, dass allenfalls auch grosse Projekte gestoppt und Entwicklungen gebremst werden müssen. Solche Überlegungen müssen selbstverständlich auch gemacht werden. Ich höre heute aber zum ersten Mal, dass der Gemeinderat quasi aufgefordert wird, Stadtentwicklungsprojekte zu stoppen. Natürlich kann sich die Stadt nicht mehr alles leisten, wenn kein Geld mehr da ist. Bisher spürte ich aber im Stadtrat immer eine Angst, dass die Stadtentwicklung aus finanzpolitischen Überlegungen zu stark gebremst wird und so die Dynamik der letzten Jahre ins Stocken gerät. Wenn ich sage "Sparen und Investieren", heisst das, dass die Stadt die Strategie der letzten Jahre im Rahmen des Möglichen fortführen soll. Sie sollte weiterhin in die Zukunft investieren. Abgesehen davon helfen Investitionen in schlechten Zeiten, Arbeitsplätze zu erhalten, eine Forderung der Gewerkschaften und Linken.

Noch eine Bemerkung zum betriebswirtschaftlichen Denken: auch die öffentliche Hand stellt Überlegungen aus betriebswirtschaftlicher Sicht an und versucht, Prozesse und Abläufe zu optimieren und dabei die Kosten im Griff zu behalten. Für eine Beschlussfassung im Stadtrat reicht aber rein betriebswirtschaftliches Denken nicht. Politik beinhaltet einen Gestaltungswillen, eine Stadt soll sich entwickeln können, die Bildung soll gefördert und ein sozialer Ausgleich angestrebt werden. Auch die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sollen optimiert werden. All das bedingt Investitionen. Es braucht aber einen Ausgleich zwischen "Sparen und Investieren". Soll eine Stadt erfolgreich sein, darf kein Thema überwiegen. Es braucht einen angemessenen Kompromiss zwischen allen Bereichen. Deshalb reichen rein betriebswirtschaftliche Überlegungen nicht, auch wenn mir diese von meiner Ausbildung her relativ nah stehen.

Dies meine Ausführungen zum Finanzplan und zur Investitionsplanung. Es kommen schwierige Zeiten auf die Stadt zu, wenn sie die gesunde Finanzlage erhalten will. Die Finanzsituation ist im Quervergleich mit anderen Gemeinden und Städten relativ gut. Damit das so bleibt und der Handlungsspielraum und die Kraft für die weitere Entwicklung der Stadt beibehalten werden kann, muss jetzt etwas unternommen werden. Das Prozedere läuft in den nächsten Monaten an, zuerst in der Verwaltung, dann im Gemeinderat und am Runden Tisch und schlussendlich noch im Stadtrat. Das Verfahren braucht die Unterstützung von allen.

#### **Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 16 septembre 2011, et s'appuyant sur l'art. 54, ch. 3, let. c du Règlement de la Ville du 9.6.1996 (RDCo 101.1), le Conseil de ville de Bienne **arrête**:

1. Le Conseil de ville prend connaissance du fait que le Conseil municipal a chargé la Direction des finances d'élaborer, avec les autres directions municipales et en collaboration avec les partis politiques, un processus visant à réviser la planification financière de façon à pouvoir présenter un budget 2013 équilibré.
2. Le Conseil de ville prend connaissance de la planification des investissements.

#### **166. 20110297 Planification des investissements ESB 2012 - 2016**

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Avant de continuer, j'aimerais souhaiter à notre jubilaire Monsieur Andreas Sutter, un joyeux anniversaire pour ses 60 ans.

**Sutter Andreas, GPK:** Ich bin nicht der Typ, der sich gerne feiern lässt, auch nicht, wenn es positiv ist. Trotzdem danke ich für die Gratulationen. Alle werden einmal 60, und ich kann Ihnen versichern, dass es nicht schmerzt. Die Zahl 60 passt ja auch gut zum Stadtrat - obschon er ja kaum einmal vollzählig ist...

Bei der Investitionsplanung ESB 2012 - 2016 geht es um eine Kenntnisnahme. Im Wesentlichen geht es um Reinvestitionen und Erneuerungen von Anlagen, speziell in den Bereichen Gas und Wasser. Für den Bereich Elektrizität trifft diese Aussage nur beschränkt zu. Eine solche Planung kann nicht detailliert gemacht werden, ohne bereits recht präzise strategische Vorstellungen durchblicken zu lassen. Diese aus den Tabellen herauszulesen, ist jedoch etwas schwierig. Die wesentlichen Pfeiler, welche zu solchen Aussagen über einen Betrachtungszeitraum von fünf Jahren führen, sind:

- Der Gemeinderat bekennt sich zum Grundsatz, dass der ESB bis 2035 aus dem Atomstrom aussteigen soll.
- Die Beteiligungen an Stromproduktionsanlagen von heute rund 20% sollen meines Wissens auf rund 50% erhöht werden.

Hinter der vorliegenden Planung stecken also recht präzise Vorstellungen. Voraussetzung für diese Entwicklung ist es, dass die Teilverselbstständigung des ESB vom Volk angenommen wird. Aus Sicht der GPK sind die Ziele der Investitionsplanung ESB ansonsten nur zum Teil umsetzbar.

Die Tabellen weisen für die nächsten fünf Jahre Gesamtinvestitionen von rund CHF 230 Mio. auf. Dies ist ein stolzer Betrag. Der Stadtrat sprach gestern und heute schon über hohe Beträge. CHF 230 Mio. entsprechen 2/3 des Jahresbudgets der Stadt. Dieses Geld wird ausschliesslich für Investitionen in einen Bereich verwendet, auf welchen die Stadt vollständig angewiesen ist. Natürlich kann gesagt werden, alle hätten zuhause Steckdosen, einen Hauptanschluss und einen Zulieferer und die KonsumentInnen könnten dadurch administrativ entscheiden, wer Ihnen die Strom-, Gas- und Wasserrechnung schickt, zumal die Tarife reguliert seien. Dies stimmt so aber nur sehr beschränkt. Die strategischen Freiheiten müssen vom ESB in den nächsten Jahren wahrgenommen werden. Dies bildet sich bereits in den heute vorliegenden Zahlen ab. CHF 73 Mio. sollen ins Elektrizitätsnetz investiert werden, CHF 11 Mio. in den Elektrizitätshandel, CHF 11,1 Mio. in Energieproduktionsanlagen und CHF 6,3 Mio. in den Telekombereich. Im Telekombereich besteht ein grosser Freiheitsgrad, welchen ich bisher nicht erwähnte. Im Wesentlichen denke ich dabei an die Erschliessung des Stadtgebietes mit Glasfasernetzen, die teilweise in Zusammenarbeit mit der Swisscom umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sind Übernahme- oder Mietverhältnisse mit der Swisscom vorstellbar. Umgekehrt können aber auch Kapazitäten und Leerrohre an andere Kommunikationsunternehmen abgegeben werden. CHF 41 Mio. sollen ferner in den Bereich Gas und CHF 71 Mio. in den Bereich Wasser investiert werden. Auch das sind stolze Beiträge. Ein weiterer wesentlicher Betrag, welchen der ESB selber beeinflussen kann, sind die CHF 17,8 Mio. Investitionen in Dienstleistungen. Der ESB kann seine Kompetenzen und Fähigkeiten anderen Gemeinden anbieten. Ich denke da zum Beispiel an die Administration der Kehrrichtentsorgung.

Die GPK diskutierte nicht sehr lange über die Investitionsplanung ESB. Ich redete über mehr, als in der GPK effektiv besprochen wurde. Ich erwähnte jedoch nichts, das weder die Energiedirektorin noch das Dossier nicht hätten durchblicken lassen.

**Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le Groupe des Verts salue la direction que prend Energie Service Biel/Bienne (ESB) aujourd'hui. Après des années d'immobilisme, voire même de blocage, notre Ville va enfin de l'avant et est désormais prête à investir à long terme. J'aimerais relever deux aspects importants



de ce rapport. Tout d'abord, les investissements massifs projetés dans le secteur des énergies renouvelables avec un total de 7'750'000 fr. investis dans un marché saturé et hautement concurrentiel. Espérons que ces projets soient destinés au développement de la production dans notre région. Je me demande toutefois si ces 7'750'000 fr. seront libérés à chaque fois qu'une opportunité se présente ou si le choix déterminant pour ces investissements sera plutôt lié à la présentation du meilleur projet. Ce dernier choix comporte cependant le risque, dans un marché extrêmement compétitif, de perdre de l'argent. 2 mio. fr. seront investis dans le développement des énergies non renouvelables (centrales à gaz et à vapeur). Plus qu'un investissement d'avenir, c'est ici la perspective de trouver des voies de sortie possibles du nucléaire. Dans la mesure où ESB est plus autonome en produisant sa propre énergie, la dépendance aux Forces Motrices Bernoises (FMB) et aux autres grandes entreprises énergétiques est par conséquent réduite. Le contracting (terme un peu barbare) est réjouissant: 4,5 mio. fr. seront investis en faveur de la production décentralisée favorisant ainsi également la sortie du nucléaire. ESB est dans la bonne direction. Les chiffres sont là et pour 2012 une stratégie claire et dynamique est désormais attendue.

**Baltzer Niklaus, Fraktion SP:** Die Fraktion SP nimmt von dieser Investitionsplanung mit Freude Kenntnis. Ich möchte nicht wiederholen, was meine Vorredner sagten, denn sie stellten den Sachverhalt sehr gut dar. Die Fraktion SP erlaubt sich jedoch eine kritische Bemerkung. Der Mut des ESB, eine aktive Geschäftspolitik zu betreiben, sollte keinesfalls zu Übermut werden. Mit den Ressourcen des ESB muss sorgfältig umgegangen werden. Auch für diese Bereiche werden letztlich Steuern und Gebühren erhoben. Die Fraktion SP bittet daher darum, diese Arbeiten seriös, ernsthaft und effizient auszuführen. In diesem Sinn dankt sie für den vorliegenden Bericht.

**Löffel Christian, Fraktion Forum:** Ich studierte diese Vorlage für die Fraktion Forum. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bei den technischen Ausdrücken verstand aber auch ich langsam, worum es geht. Für nächstes Jahr sind CHF 18,5 Mio. Investitionen in verschiedensten Bereichen vorgesehen. Es geht um Unterhalt und Erneuerung. Gestolpert bin ich über den Posten "Beteiligungen in nicht erneuerbare Energien". Zuerst dachte ich, es handle sich um eine Kehrtwende. Dann merkte ich aber, dass ein Ausstieg aus dem Atomstrom nicht von heute auf morgen zu realisieren ist. Es müssen auch Projekte wie Gas- oder Dampfkraftwerke ins Auge gefasst werden. Deshalb ist es sicher gut, diesen Betrag schrittweise zu reduzieren. Die Fraktion Forum nimmt von der vorliegenden Investitionsplanung Kenntnis.

**Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Besten Dank für die positiven Rückmeldungen. Diese tun mir gut. Die Investitionsplanung ist nicht übermütig, sondern mutig. Sie setzt - zum Teil etwas verschlüsselte - Zeichen, wie Herr Sutter richtig bemerkte. Trotzdem können gewisse, vom Gemeinderat eingeleitete Massnahmen abgeleitet werden. Herr Sutter hat sie richtig erwähnt. Die Eigenproduktion soll wesentlich gesteigert werden (heute wird nur rund 20% Strom aus Eigenproduktion verkauft). Damit könnte der ESB unabhängiger werden. Diese Tendenz haben schweizweit alle Stadtwerke ausser denjenigen, die bereits 100% oder mehr ihres Strombedarfs selber produzieren. Im Weiteren geht es um den Atomausstieg oder um erneuerbare Energien, auch wenn viele Projekte noch unklar sind. Einige sind jedoch in der Investitionsplanung enthalten. Dabei denke ich

beispielsweise an die grosse Fotovoltaikanlage auf den Stades de Bienne. Auch für Blockheizkraftwerke (BHKW) sind CHF 4,5 Mio. vorgesehen. Der ESB hat sehr viele lokale Anfragen für Fotovoltaikanlagen, welche er immer häufiger selber auf privaten oder städtischen Dächern baut. Hier besteht sicher ein grosses Potenzial, um lokal erneuerbare - oder mit den BHKW auch nicht erneuerbare - Energie zu produzieren.

Heute ist noch nicht klar, in welche Projekte die für nicht erneuerbare Energien vorgesehenen CHF 2 Mio. investiert werden sollen. Die Projekte müssen zuerst noch evaluiert werden und es werden sicher auch solche aus dem benachbarten Ausland dabei sein. Leider wird es die Schweiz nicht schaffen, sich selber bis 2035 komplett aus erneuerbarer Energie zu versorgen. Dies ist aber auch nicht unbedingt sinnvoll. Andere Technologien sind an gewissen Standorten effizienter, so zum Beispiel Windkraftwerke weiter im Norden oder Fotovoltaik weiter im Süden. Es wird viel über die Netzverstärkung, die Netzdurchlässigkeit sowie Grenzauktionen diskutiert. Diese sind nötig, damit Strom importiert, aber auch exportiert werden kann. Heute exportiert die Schweiz Strom im Sommer und importiert ihn im Winter. Die dafür nötigen Netze und Grenzübergänge müssen verstärkt werden. Damit wird es in Zukunft vermehrt möglich sein, aus dem benachbarten Ausland Energie zu importieren. Hier verfolgt der ESB verschiedene Absichten. Das Problem ist aber oftmals, dass der ESB aufgrund seines Fristenlaufs zu spät kommt. Darüber wurde im Stadtrat bereits diskutiert. Der Gemeinderat beschloss, in der Investitionsplanung ab 2013 eine lineare Summe einzusetzen, mit welcher die Ziele Erhöhung der Selbstversorgung und Atomausstieg bis 2035 erreichbar sein sollten. Geht man von einem Planungszeitraum von 25 Jahren und einer Investition von jährlich CHF 2 Mio. aus, wird die Gesamtinvestition in Produktionsanlagen oder Beteiligungen CHF 50 Mio. betragen. Selbstverständlich werden diese Summen aber nicht regelmässig anfallen. Vielleicht kostet ein Projekt in einem Jahr CHF 4 Mio., dafür wird in einem anderen Jahr nichts gebraucht. Bei der Investitionsplanung wird von einem Durchschnitt ausgegangen.

Bei den nicht erneuerbaren Energien denkt der Gemeinderat vor allem an Strom aus Gaskraftwerken, welcher wohl vor allem aus dem Ausland importiert werden muss. Dabei handelt es sich aber klar um eine Übergangslösung. Der Gemeinderat geht heute davon aus, dass nach dem Atomausstieg nicht sofort gänzlich auf nicht erneuerbare Energien verzichtet werden kann. Deshalb sind diese Investitionen auch klar aufgeführt.

Die Investitionsplanung fällt für 2012 tatsächlich leicht höher aus als in den Vorjahren. Dies ist weniger auf die erneuerbaren Energien zurückzuführen als auf die Netze. In diese Infrastruktur muss nächstes Jahr etwas mehr investiert werden. Beim nächsten Traktandum (20110267, Erneuerung der Fernwirkanlage Wasser und Gas / Verpflichtungskredit) wird es um ein solches Projekt gehen. Die Rückmeldungen des Stadtrats nehme ich gerne entgegen und bedanke mich für die positiven Äusserungen.

**Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 9 septembre 2011, et s'appuyant sur l'art. 54, ch. 3, let. c du Règlement de la Ville du 9.6.1996 (RDCo 101.1), ainsi que sur ainsi que sur l'art. 18, al. 1 de l'Ordonnance sur la gestion d'Energie Service Biel/Bienne du 30 juin 2004 (RDCo 741.11), le Conseil de ville de Bienne **arrête**:

Le Conseil de ville prend connaissance de la planification des investissements ESB 2012 – 2016.

**167. 20110267 Renouvellement du système de téléaction pour l'eau et pour le gaz / crédit d'engagement**

**Ammann Olivier, au nom de la Commission de gestion:** La Commission de gestion a étudié attentivement ce projet de renouvellement du système de téléaction pour l'eau et pour le gaz. Voici sa conclusion: l'installation actuelle est en fin de vie. Elle est complètement amortie et doit désormais être remplacée. Le projet proposé est viable et intéressant. Il mérite sa réalisation. De plus, ce projet permet de faire des économies. La Commission de gestion vous propose donc d'accepter ce crédit.

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Madame Barbara Schwickert, directrice de la Direction de la sécurité, renonce à prendre la parole.

**Vote**

Vu le rapport du Conseil municipal du 12 août 2011 concernant « Renouvellement du système de téléaction pour l'eau et pour le gaz / approbation du projet et crédit d'engagement », et s'appuyant sur l'article 39, alinéa 1, lettre a du Règlement de la Ville de Bienne du 9 juin 1996 (RDCo 101.1), le Conseil de ville arrête:

1. Un crédit d'engagement de 1'640'000 fr. pour le domaine de l'eau est octroyé pour le renouvellement du système de téléaction pour l'eau.
2. Un crédit d'engagement de 560'000 fr. pour le domaine du gaz est octroyé pour le renouvellement du système de téléaction pour le gaz.
3. Toute dépense supplémentaire due au renchérissement est d'ores et déjà approuvée.
4. Le Conseil municipal est chargé d'exécuter cet arrêté. Il est habilité à procéder à des modifications de projet s'avérant nécessaires ou indispensables, dans la mesure où elles ne changent pas le caractère global du projet. Le Conseil municipal est habilité à déléguer cette compétence à la direction responsable.

**168. Motion urgente 20110252, Hanspeter Habegger, Groupe PPB plus, "Assainissement / Rénovation de la Salle du Hirschen à Bienne / Boujean"**

(Texte de la motion et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 1)

Le Conseil municipal propose au Conseil de ville de rejeter la motion.

**Habegger Hanspeter, Fraktion BVP plus:** Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner dringlichen Motion. Ich vermutete, dass die Antwort etwa so ausfallen würde. Das fehlende Geld wird aufgeführt, zudem würden im Hirschensaal zu wenig Anlässe stattfinden und alljährlich resultiere ein Defizit von CHF 45'000.-. Der Saal stehe zudem am falschen Ort, in Bözingen und nicht in der Stadt, also schon fast in der Provinz. Kultur soll in der Stadt stattfinden. In Bözingen gibt es Industrie, Verkehr und vielleicht einmal die Stades de Bienne. Der Hirschensaal soll jedenfalls nicht renoviert werden. In Bözingen gibt es aber auch zwei Schulhäuser. Das eine, das Châtelet, wird demnächst für CHF 31 Mio. saniert. Das Quartierschulhaus an der Solothurnstrasse wurde dieses Jahr etwas aufgefrischt. Neue Farbe und eine neue Heizung, zudem wurden zwei oder drei Zimmer neu gemacht. Besonders gut fand ich, dass bei einem 100-jährigen Schulhaus elektrische Rollläden eingebaut wurden. Das ist doch übertrieben! Die vielleicht 15 Jahre alten Fensterläden sind nun auf dem Estrich. Die Schulleitung hätte sie lieber an den Fenstern gehabt. Wenn in Biel saniert wird, ist es immer teuer, da immer die Luxusvariante ausgeführt wird. Würde normal saniert, bliebe vielleicht etwas übrig für den Hirschensaal... Der Hirschensaal wurde letztmals 1970 saniert. Wie geht es jetzt weiter? Was denken der Gemeinderat und die CTS über die Zukunft des Hirschensaals? Sind die Wohnungen, die sich über dem Saal befinden, vermietet? Für Bözingen wäre es ein grosser Verlust, wenn der Saal nicht mehr zur Verfügung stünde. Ich hoffe, dass sich der Gemeinderat noch umstimmen lässt und **halte an der Motion fest.**

**Rüfenacht Martin, Fraktion Forum:** Die Fraktion Forum hegt grundsätzlich grosse Sympathie für diese Motion. Sie kann nachvollziehen, dass mit diesem Gebäude und insbesondere mit dem Saal einiges nicht stimmt, denn Letzterer ist nicht mehr auf dem neuesten Stand und steht an keiner attraktiven Lage. In diesem veralteten Zustand kann die CTS den Saal unmöglich zu einem vernünftigen Preis anbieten. Dies zeigt, dass der Motionär in ein Wespennest sticht. Es stimmt, dass der Saal und das Gebäude grundsätzlich saniert werden sollten. Wird jetzt nicht investiert, verfällt der Bau.

Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort, dass der Nutzen des Saals und allenfalls ein Verkauf zu prüfen seien. Hier möchte die Fraktion Forum einhängen. Der Saal wird nur wenig belegt und nur ein Drittel der dortigen Aktivitäten betreffen das Quartier. Selbstverständlich sind solche Säle nötig. Wer selber in einem Verein tätig ist, weiss, wie schwierig es ist, einen guten Saal mit entsprechendem gastronomischen Angebot, moderner Beleuchtung, guter Akustik, zufriedenstellender Bühne, praktischer Materialanlieferung und so weiter zu finden. Die Anforderungen an einen Saal sind hoch. Eine Sanierung, die alle Bedürfnisse abdeckt, dürfte die Stadt deshalb teuer zu stehen kommen. Trotz diesen Investitionen würde die Lage des Saals nicht besser und es hätte nach wie vor keine Parkplätze. Deshalb plädiert die

Fraktion Forum für einen Verkauf insbesondere für gewerbliche Nutzung. Für das Quartier könnten sicher andere, attraktivere Lösungen gefunden werden. Die Stadt sollte sich wohl oder übel von diesem Saal trennen. In diesem Sinn unterstützt die Fraktion Forum diese Motion nicht, so gut sie auch gemeint ist.

**Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le Groupe des Verts éprouve de la sympathie pour la question de l'assainissement et de la rénovation de la Salle du Hirschen à Boujean. Il s'agit d'une rénovation importante pour le quartier de Boujean, notamment d'un point de vue historique. Cette salle n'est cependant pas d'utilisation facile. Il convient, dès lors, de réfléchir à une meilleure utilisation de cette salle, voire même à une implication plus forte des habitants du quartier de Boujean. Cette salle pourrait, le cas échéant, être utilisée à des fins commerciales et ainsi s'ouvrir davantage au quartier. Le Groupe des Verts est d'avis, qu'un investissement immédiat, sans idée concrète préalable quant à l'utilisation de cette salle, n'est pas viable. Le Groupe des Verts ne soutiendra donc pas cette motion sous sa forme actuelle. En revanche, si cette motion était transformée en postulat, le Groupe des Verts pourrait parfaitement envisager de soutenir cette intervention parlementaire.

**Lachat Thomas, Fraktion SP:** Auch die Fraktion SP hegt grosse Sympathie für diesen Vorstoss. Auch sie will Quartiere grundsätzlich aufwerten. Vorliegend überwiegen jedoch die Nachteile. Es wurde erwähnt, dass das Schulhaus Châtelet nun für viel Geld saniert wird. Ich bin überzeugt, dass die Aula im Châtelet zukünftig auch für Quartieranlässe benutzt werden kann. Die Fraktion SP geht mit der Antwort des Gemeinderats einig.

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Natürlich ist dieser Vorstoss sympathisch. Trotzdem möchte ich dem Stadtrat beliebt machen, ihn auf sympathische Art und Weise abzulehnen. In der Antwort des Gemeinderats steht alles Notwendige. Sicher wäre eine Sanierung wünschbar, denn der Saal ist tatsächlich in einem lamentablem Zustand. Er kann nicht mit ein paar Franken aufgemotzt werden. Wenn saniert werden soll, müssen sofort auch die sanitären Einrichtungen erneuert werden. Auch mit der Lebensmittelkontrolle und mit der energetischen Situation könnte es Probleme geben. Um den Saal nur ein wenig zu verbessern, sind sofort einige CHF 100'000.- nötig und dies ohne ein überrissen teures Projekt. Dies ist ein hoher Betrag und die Stadt kann es sich nicht leisten, diesen zu investieren, wenn kein Nutzen absehbar ist. Ich bitte den Stadtrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Der Stadtrat ist aber eingeladen zu überlegen, was mit dem Saal weiter geschehen soll. Die Fraktion Forum brachte die Idee des Verkaufs ein. Das, oder eine Abgabe im Baurecht, wäre sicher sinnvoll. Im heutigen Zeitpunkt mehrere CHF 100'000.- zu investieren ohne zu wissen, wie der Saal in Zukunft genutzt werden soll, wäre sicher unverantwortlich. Herr Donzé machte den Vorschlag, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Vorstoss verlangt aber eine Ausführung im 2012. Somit ist auch ein Postulat nicht möglich. Deshalb mache ich dem Stadtrat beliebt, diesen Vorstoss abzulehnen, auch wenn er sympathisch ist. Eine Annahme stünde in völligem Widerspruch zu den bereits geführten Finanzdiskussionen.

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Nous allons voter la proposition de Monsieur Habegger, de maintenir sa motion.

**Vote**

**La proposition de Monsieur Habegger est refusée.**

**La proposition du Conseil municipal, de rejeter la motion, est acceptée.**

**169. Motivation de l'urgence de l'interpellation 20110343, Daniel Hügli, SP  
"Autonomisation d'ESB: propagande de votation contre les intérêts de la  
Ville de Bienne avec l'argent des contribuables?"**

**Hügli Daniel, SP:** Es geht um ein demokratiepolitisches Anliegen. Am 11. März 2012 wird die Initiative zum Schutz des städtischen Leitungsnetzes zur Abstimmung kommen, wahrscheinlich gemeinsam mit dem Reglement zur Ausgliederung des ESB. Es geht mir darum, die Bedingungen, unter welchen diese Abstimmung stattfinden wird, konkreter offen zu legen und um diesbezügliche Informationen vom Gemeinderat. Die Initiative wird nur von einer Minderheit des Stadtrates unterstützt. Es muss aufgezeigt werden, wie das Initiativkomitee trotzdem genügend Möglichkeiten erhält, an die Öffentlichkeit zu treten und dadurch einen fairen Abstimmungskampf zu führen. Die demokratiepolitischen Anliegen müssen gewahrt bleiben, auch wenn es um ein Minderheitsanliegen geht. Die Initiative wurde von 3'000 StimmbürgerInnen unterzeichnet. Die Dringlicherklärung ist nötig, weil die Abstimmung bereits am 11. März 2012 stattfinden wird. Somit sollten die Antworten des Gemeinderats möglichst vorher vorliegen.

**Vote**

sur la motivation de l'urgence de la motion 20110343, Daniel Hügli, SP

**L'urgence est refusée.**

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Monsieur Ogi fait une motion d'ordre en demandant de recompter les voix.

**Grünenwald Samuel, UDF:** J'aimerais que les règlements soient respectés. Monsieur Ogi prétend que trois personnes venaient d'entrer dans la salle. Elles se trouvaient debout et n'étaient donc pas à leur place. Donc, ces trois personnes ne comptent pas pour ce vote!

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Merci Monsieur Grünenwald. Donc, le vote est valable. Excusez-moi Monsieur Ogi, mais vous n'êtes pas allé au pupitre des orateurs!

**Ogi Pierre, PSR:** Le règlement dit, qu'il est permis de parler depuis sa place, lorsque l'intervention est courte.

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Dans ce cas, nous votons la motion d'ordre de Monsieur Ogi.

**La motion d'ordre est refusée. De ce fait, le vote précédent sur la motivation de l'urgence de la motion 20110343, Daniel Hügli, SP, est validé.**

**Interruption de la séance: 19h45 - 20h45**

**170. Postulat 20110126, Max Wiher, PVL, "Votations consultatives à Bienne"**

(Texte du postulat et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 2)

Le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat.

**Wiher Max, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat für die positive Aufnahme dieses Anliegens und insbesondere dafür, dass er Konsultativabstimmungen als ein interessantes und sinnvolles Instrument der politischen Partizipation ansieht. Auch ich sehe dieses Instrument als Bereicherung der Demokratie. Es könnte durchaus Sinn machen, bei wichtigen Geschäften Konsultativabstimmungen durchzuführen. Mit der Antwort bin ich natürlich zufrieden. Trotzdem habe ich eine Frage an den Gemeinderat. In seiner Antwort schreibt er: *"... das Anliegen aufzunehmen und es im Rahmen der Arbeiten zur nächsten Revision der Bieler Stadtordnung zu prüfen."* Innert welchem Zeitrahmen ist eine solche vorgesehen? Handelt es sich um Jahre oder um Monate?

**Ammann Olivier, au nom du Groupe Forum:** À première vue, ce postulat relatif à l'introduction de votations consultatives à Bienne semble intéressant. Ce postulat parle d'enrichissement de la démocratie. Il s'agit cependant avant tout de l'introduction d'un outil, qui mesure une tendance et dont le résultat dépend de la participation au scrutin. Malheureusement, dans la mesure où ces votations consultatives n'ont pas de valeur juridique contraignante, la mise en place d'un tel outil politique ressemble plutôt à une porte de sortie permettant d'échapper à une prise de responsabilités. Le Groupe Forum a largement débattu cette question, à savoir s'il fallait ou pas entrer en matière sur ce postulat et il est d'avis qu'il ne doit pas entrer en matière sur cette intervention. En effet, une affirmation dans la réponse du Conseil municipal a fait pencher la balance, en défaveur de ce système de votations consultatives. Je cite: *"Toutefois, il ne faut pas sous-estimer les effets de cet instrument, car son utilisation fait courir le risque d'éveiller de faux espoirs parmi la population"*. Dans notre système démocratique suisse, les compétences sont distribuées entre les communes, le Canton et la Confédération. Il s'agit des compétences populaires, parlementaires et des exécutifs. Notre système dispose également d'instruments juridiques d'opposition, pour vaincre un éventuel vice de forme et autres. Cet outil de votations consultatives n'est rien de plus qu'un sondage d'opinion, au service des citoyens et citoyennes. Étant donné, que la population a souvent de la peine à comprendre la complexité de cette multitude de systèmes différents, le Groupe Forum vous invite à refuser ce postulat sur les votations consultatives à Bienne.

**Hadorn Werner, SP:** Ich teile die Meinung von Herrn Ammann im Grossen und Ganzen. Für mich ist in diesem Postulat ein Wort falsch. Im Postulat steht: *"Der*

*Gemeinderat wird beauftragt einen Bericht zu erstellen, wie Konsultativabstimmungen für Geschäfte (...) umgesetzt werden könnten.*" Störend finde ich das "wie". Hiesse es "ob", könnte ich mich damit einverstanden erklären. Die gewählte Formulierung setzt aber voraus, dass in Zukunft Konsultativabstimmungen durchgeführt werden.

Ich stehe Konsultativabstimmungen sehr skeptisch gegenüber, denn ich finde sie systemwidrig. Zudem verleiten sie zu falschen Schlüssen. Ich fände es ehrlicher, Meinungsumfragen zu machen, welche klar unverbindlich sind. Ich nehme nicht an, dass die Stimmbeteiligung bei Konsultativabstimmungen hoch sein wird. Was passiert, wenn die Stimmbeteiligung bei einer Konsultativabstimmung nur 10% beträgt? Wer zieht aus dem Abstimmungsresultat welche Schlüsse? Es handelt sich um ein Gummiinstrument, welches unserem politischen System, das nach Entscheidungen ausgerichtet ist, total widerspricht. Bei der Abstimmung zur A5 könnte natürlich gesagt werden, dass das dort geltende System seit Jahrzehnten in Kraft ist, weil dessen Einführung auf nationaler Ebene entschieden wurde, was in diesem Einzelfall vielleicht unglücklich ist. Konsultativabstimmungen sollen über Themen durchgeführt werden, die übergeordnete Kompetenzen betreffen. Worum handelt es sich? Es gibt Zweifelsfälle. Ich hätte Mühe damit, viele Beispiele für wichtige Abstimmungen zu finden. Wie soll abgeklärt werden, ob eine Abstimmung wichtig ist oder nicht? Für mich ist das alles Gummi und entspricht nicht den scharfen Entscheidungen, welche unsere demokratische Ordnung verlangt. Zudem sehe ich bei diesem Instrument die Gefahr von Manipulation. Es handelt sich um eine Art Vorwegnahme von Entscheidungen, welche später anlässlich einer regulären Abstimmung getroffen werden müssen. Eine Konsultativabstimmung verpflichtet niemanden, sie lässt aber Manipulationen zu. Wenn ein Bericht verlangt worden wäre, "ob" die Einführung der Konsultativabstimmung sinnvoll wäre, hätte ich der Erheblicherklärung des Postulats zustimmen können. Nun heisst es aber "wie", womit bereits vorausgesetzt wird, dass die Konsultativabstimmung eingeführt wird. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären.

**Baltzer Niklaus, Fraktion SP:** Die Fraktion SP hat dieses Postulat eingehend diskutiert. Der Gemeinderat konnte die Fraktion davon überzeugen, dass er das Postulat zum Anlass nehmen will, um sich grundsätzliche Gedanken zur Bieler Stadtordnung zu machen. Er scheint prüfen zu wollen, ob die Konsultativabstimmung sinnvoll in die Stadtordnung einfließen könnte. Wenn Konsultativabstimmungen dazu dienen, die Bevölkerung zu integrieren und ihr zu mehr Mitsprache und Beteiligung zu verhelfen, können sie ein gutes Instrument sein. Biel ist aber nicht Stuttgart, wo das Volk fast nie etwas zu sagen hat. In der Schweiz sind die demokratischen Abläufe relativ detailliert festgelegt und erlauben eine relativ hohe Mitbestimmung und Mitwirkung durch die Bevölkerung. Sollten Konsultativabstimmungen dazu dienen, die bestehenden Verfahren in ihrer Klarheit zu verwässern, wären sie ein undemokratisches Mittel, welches vom heutigen demokratischen Zustand wegführen würde. Zudem sieht die Fraktion SP die Gefahr, dass Konsultativabstimmungen von Minderheiten dazu benutzt werden könnten, Projekte in Endlosschleifen zu manövrieren und die Verwirklichung somit zu verhindern. Trotzdem ist die Fraktion SP dafür, dass der Gemeinderat die Möglichkeiten einer Konsultativabstimmung prüft. In diesem Sinn unterstützt eine Mehrheit der Fraktion SP dieses Postulat, allerdings mit Vorbehalten.



**Donzé Pablo, au nom du Groupe des Verts Bienne:** Le Groupe des Verts soutient ce postulat sur les votations consultatives. Cette mesure supplémentaire pourra ainsi être utilisée par la population en qualité de soutien aux autorités locales, ne disposant pas des bases légales d'opposition suffisantes. Il convient en revanche, de ne pas en abuser, car la mesure deviendrait contre-productive. Il ne s'agit pas de brader la démocratie, mais de permettre à l'opinion de s'exprimer. La première initiative en la matière avait été lancée par les Verts de Genève et de Lausanne, à l'occasion du débat sur la construction de nouvelles centrales nucléaires en Suisse. Une votation consultative n'a toutefois aucune pertinence juridique réelle, puisqu'elle n'a pour but que de renseigner les autorités, par rapport à un sujet de large portée. Une des références principales de ces votations consultatives est de vivre et de voter ensemble, de manière consultative. En effet, ces votations consultatives ont le mérite d'englober toute la population, qu'elle soit jeune, étrangère ou sous tutelle.

**Wiher Max, GLP:** Ich möchte mich zu den kritischen Antworten äussern. Ich glaube, dass sich die StimmbürgerInnen sehr wohl bewusst sind, was eine Konsultativabstimmung ist. An die Unterstellung, es bestehe ein Risiko, dass die StimmbürgerInnen getäuscht würden, glaube ich nicht. Hier werden die StimmbürgerInnen für dumm verkauft. Für mich sind sie aber nicht dumm. Wenn steht, dass es sich um eine Konsultativabstimmung handelt, wissen sie, dass es um eine übergeordnete Kompetenz geht, bei welcher sie juristisch keine Rechte haben, aber sehr wohl ihre Meinung äussern dürfen. Es ist quasi wie eine Umfrage. Bei einer Umfrage besteht aber das Problem, dass die Beteiligung niemals so hoch sein wird wie bei einer Konsultativabstimmung. Die genannten 10% Stimmbeteiligung bei einer Konsultativabstimmung finde ich unrealistisch. Selbstverständlich dürften Konsultativabstimmungen nicht isoliert vors Volk gebracht werden, sondern gleichzeitig mit anderen Geschäften. Deshalb kann von einer normalen Stimmbeteiligung ausgegangen werden. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Konsultativabstimmung isoliert durchgeführt wird und somit Extrakosten generiert würden. Ich bin der Meinung, dass es sich bei der Konsultativabstimmung um ein sinnvolles Instrument handelt.

Es wurde noch gefragt, zu welchen Geschäften eine solche Konsultativabstimmung durchgeführt werden könnte. In der Antwort des Gemeinderats sind zwei Beispiele aufgeführt: A5 und Atomausstieg. Ich bin der Meinung, es gäbe genügend sinnvolle Themen, bei welchen der Puls der Bevölkerung mittels Konsultativabstimmung erspürt und danach juristisch richtig umgesetzt werden könnte. Ich bin keinesfalls ein Gegner der Demokratie. Im Gegenteil, ich versuche der Demokratie mit der Konsultativabstimmung ein weiteres Instrument zur Verfügung zu stellen. Ich danke für jede einzelne Ja-Stimme.

**Ammann Olivier, PRR:** La Ville de Bienne fait campagne pour sensibiliser son Parlement face à des mesures d'économie, qui doivent impérativement être prises. Le Conseil de ville statue ce soir sur la votation d'un postulat, qui propose d'organiser des votations consultatives à Bienne. Or, une votation n'est pas gratuite! Plus qu'un simple sondage d'opinion, il s'agit avant tout de dépenser de l'argent public, pour obtenir un résultat, qui finalement ne pourra peut-être pas être suivi. Comment dès lors justifier une telle dépense? Le Parlement est élu par le peuple, pour le représenter. Un des outils dont disposent les partis politiques pour sonder l'opinion de l'électeur est de se rendre dans les quartiers, chez leurs voisins et chez leurs

adversaires, pour connaître l'opinion de la population. Organiser une votation consultative, telle que présentée dans ce postulat, revient dès lors à refuser le rôle, les responsabilités et l'engagement pour lesquels la représentation politique a été élue et touche des jetons de présence, versés par nos citoyens et citoyennes contribuables. Certes, un Parlement ne coûte probablement pas si cher, par contre, un Exécutif représenté par des directeurs est responsable de la gestion et de l'administration d'une Autorité. Il se doit de répondre de cette responsabilité. C'est pour cette raison, que le peuple l'engage et élit ses représentants. C'est le cas des représentants du peuple, qui s'affrontent et prennent leurs responsabilités, ici, au Conseil de ville. La mise en place de ces votations consultatives peut induire cette représentation politique à fuir devant ses responsabilités, qui j'en conviens, sont parfois difficiles à prendre.

Prenons l'exemple de l'A5: une majorité du peuple a voté, fin des années 50, la mise en place d'un réseau de routes nationales. Le Gouvernement n'a dès lors pas d'autre choix que d'exécuter la loi. D'un autre côté, la question du nucléaire constitue un débat national, voire même international. Dans la mesure où l'opinion publique est d'ores et déjà étalée dans tous les médias, quel sondage faudrait-il encore faire? Y a-t'il d'autres questions à poser? Reste que là également les résultats risquent de différer des décisions, qui finalement devront être prises pour le bien et l'avenir, pas seulement de notre ville, mais de notre région et de notre collectivité.

**Donzé Pablo, Les Verts Bienne:** Une votation consultative n'est pas un jeu. Elle ne doit en aucun cas être utilisée pour tout et n'importe quoi. Une votation consultative oriente l'Administration sur des travaux à très long terme. Elle peut, le cas échéant, permettre de faire des économies, en évitant d'entamer des projets et des travaux, qui ne répondent pas aux besoins réels de nos contribuables. Prenons l'exemple du réseau des routes nationales: la population veut-elle encore d'un réseau de routes, tel que projeté dans les années 50? La question du nucléaire a été votée de manière consultative dans plusieurs cantons. Il en résulte un très grand scepticisme face à l'exploitation de cette source d'énergie. Ce sont des signes avant-coureurs, que l'Administration doit prendre en compte. Notre pays se trouve aujourd'hui dans une situation, où certains choix politiques sont largement remis en cause, non seulement par l'Administration, mais également par les professionnels, comme c'est le cas des détracteurs de l'énergie nucléaire. C'est principalement dans la planification, l'exécution et le contrôle de projets de grandes envergures, que les votations consultatives revêtent toute leur importance.

**Pichard Alain, GLP:** Konsultativabstimmungen könnten ja vielleicht auch Entwicklungen vermeiden, welche sehr teuer werden könnten. Vielleicht erinnert sich Herr Hadorn an das Jahr 1990, als die Kleeblattinitiative verworfen wurde. Lanciert wurde sie, weil das Initiativkomitee das Gefühl hatte, die Bevölkerung sei gegen die Autobahn. Weil keine Konsultativabstimmung möglich war, wurde die Kleeblattinitiative auf nationaler Ebene lanciert. Es war eine Riesensache. Vier Autobahnabschnitte waren betroffen und die ganze Schweiz musste darüber abstimmen. Heute glaube ich, es war nicht das Gelbe vom Ei, das Verbot für den Bau der betroffenen Autobahnabschnitte in der Verfassung festschreiben zu wollen. Ich kann mir vorstellen, dass das Initiativkomitee auf die Kleeblattinitiative verzichtet hätte, wenn es das Mittel der Konsultativabstimmung gehabt hätte. Ich glaube aber nicht, dass solche Situationen häufig auftreten werden. Es gibt einfach bestimmte

Momente, in welchen eine Konsultativabstimmung angebracht sein könnte. Deshalb bitte ich den Stadtrat, den Gemeinderat nun seine Überlegungen machen zu lassen. Ich empfehle der Erheblicherklärung des Postulats zuzustimmen.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Zuerst eine einfache Antwort auf die formelle Frage, Herr Wiher. Wenn ein Vorstoss überwiesen wird, ist die Erfüllungsfrist zwei Jahre. Der Gemeinderat geht davon aus, dass er die Stadtordnung in den nächsten 12 bis 18 Monaten überarbeiten wird, da in diesem Zusammenhang noch weitere Pendenzen anstehen. Die Abstimmung darüber muss aber gleichzeitig mit einem anderen Geschäft vors Volk gebracht werden.

Nun zum Inhaltlichen: Der Gemeinderat nimmt das Anliegen ernst, dass in einer sich verändernden Welt möglicherweise andere politische Ausdrucksformen nötig werden. Die Konsultativabstimmung ist ein Thema, mit welchem er sich ernsthaft auseinandersetzen möchte. Es stellen sich aber viele Fragen. Über welche Themen kann abgestimmt werden, ohne dass zusätzlicher Missmut oder der Eindruck entsteht, der Volkswille werde übergangen? Wer kann eine Konsultativabstimmung verlangen? Der Stadtrat, der Gemeinderat? Wenn es der Stadtrat ist, genügt ein einziges Mitglied oder braucht es ein qualifiziertes Mehr? Solche Fragen müssen geklärt werden. Erst wenn das neue Instrument in einen Gesamtkontext gestellt wird, kann darüber befunden werden, ob es sinnvoll ist oder nicht.

Der Gemeinderat hätte auch zum jetzigen Zeitpunkt einen umfassenden Bericht liefern und vor diesem Hintergrund über das Postulat abstimmen lassen können. Er ist aber der Meinung, dass es besser ist, eine Gesamtschau über die politischen Instrumente der Stadt zu erstellen. Die Konsultativabstimmung müsste ja irgendwie in das Gesamtgefüge passen. Übrigens könnte sich auch der Stadtrat die Frage stellen, ob die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente in der heutigen Zeit noch angemessen sind. Insbesondere könnte vielleicht auch das interessante Anliegen von Herrn Bösch betreffend der zustimmenden oder ablehnenden Kenntnisnahme formell gelöst werden. Es gibt ja bereits Parlamente, die zustimmend oder ablehnend Kenntnis nehmen können. Es gibt zudem Instrumente wie Planungserklärungen, Richtlinienmotionen und so weiter. Der Stadtrat hat schon öfters festgestellt, dass die ihm zur Verfügung stehenden Instrumente nicht immer befriedigend sind. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass die Konsultativabstimmung detailliert geprüft werden sollte. Es gibt interessante Aspekte, aber auch problematische. Die vertiefte Prüfung soll in einem Gesamtzusammenhang erfolgen. Herr Hadorn, ein Postulat ist letztendlich einfach ein Prüfungsauftrag. Wenn der Stadtrat der Erheblicherklärung des Postulats zustimmt, genehmigt er diesen Prüfungsauftrag. Er nimmt damit nicht vorweg, dass die Konsultativabstimmung eingeführt wird. Darüber können am Schluss sowieso Stadtrat und Volk entscheiden.

Mit Herrn Pichards Votum könnte die Bedeutung der Konsultativabstimmung vielleicht etwas relativiert werden. Er hat sehr schön erklärt, weshalb das Initiativkomitee damals gezwungen war, eine Volksinitiative zu lancieren. Es gibt ein noch schlimmeres Beispiel, nämlich die Volksinitiative für eine Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen. Dies hätte auch in der Verfassung geregelt werden sollen, da kein anderes Instrument zur Verfügung stand. Auf Stufe des Kantons und insbesondere auch der Stadt Biel gibt es nicht nur eine Verfassungsinitiative, sondern auch Initiativen, welche auf Gesetzes- und Reglementsstufe umgesetzt werden können. In

der Stadt ist es sogar so, dass eine Volksinitiative als erledigt abgeschrieben werden kann, wenn ihr das kompetente Organ (also der Gemeinde- oder der Stadtrat) zustimmt. So gesehen ist die Palette der Instrumente, die auf Gemeindeebene zur Verfügung stehen grösser als diejenige auf Bundesebene. Dies wird bei der Frage wo, wie und wann eine Konsultativabstimmung Sinn machen könnte, auch zu berücksichtigen sein. Deshalb möchte der Gemeinderat nicht nur zur Konsultativabstimmung Stellung nehmen, sondern eine Gesamtschau über alle politischen Instrumente erstellen. Er bittet den Stadtrat, das Postulat in diesem Sinn zu überweisen.

## **Vote**

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.**

### **171. Postulat 20110170, Alain Nicati, Groupe Forum, "Notre canton doit rester bilingue"**

(Texte du postulat et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 3)

Le Conseil municipal propose au Conseil de ville de rejeter le point 1, d'adopter le point 2 et de radier ce dernier du rôle comme étant réalisé.

**Nicati Alain, PRR:** J'avais l'impression, qu'à travers ce postulat, j'arriverais peut-être à influencer le Gouvernement bernois, afin qu'il dise aux citoyens et citoyennes de Moutier, qui essayent toujours de sortir le Jura bernois du Canton de Berne, qu'il faut qu'ils arrêtent de nous casser les pieds! Je reconnais, que dans certains cas, des prises de position trop prononcées peuvent faire plus de mal que de bien et que politiquement, il faut faire attention. Donc, j'accepte la réponse du Conseil municipal, non sans tout de même quelques regrets.

**Fehr Erich, maire:** Monsieur Nicati, je peux comprendre émotionnellement votre envie. Par contre, je suis persuadé et c'est pour cette raison, que je vous remercie d'accepter la réponse du Conseil municipal, qu'effectivement certaines décisions pourraient faire plus de mal que de bien. Une entremise dans les affaires du Jura bernois pourrait être perçue négativement et créer plus de désavantages que de bénéfices pour la population francophone de la Ville de Bienne. L'avenir du Jura bernois est une question importante, dans la mesure où la Ville de Bienne veut que le Canton de Berne reste bilingue. La Ville de Bienne fera tout ce qui est en son pouvoir pour conserver une ville bilingue, même si le Canton à six communes serait réalisé. Sachant que la situation des minorités francophones de ce canton deviendrait de plus en plus virulente, la Ville aurait probablement beaucoup de difficultés à maintenir le bilinguisme au niveau cantonal. Le cas échéant et malgré les efforts de la Ville, un bon nombre de prestations et de services cantonaux en français disparaîtraient. Ces prestations sont également très importantes, pour que les personnes de langue maternelle française se sentent bien dans notre Ville. C'est pour toutes ces raisons, que la Ville de Bienne défend sa position et ses intérêts, surtout si la question du statu quo serait approfondie. La Ville de Bienne veut, qu'un statu quo du Jura bernois

apporte des solutions acceptables et éventuellement même meilleures qu'aujourd'hui, pour les francophones de Bienne. Le Conseil municipal de la ville de Bienne doit veiller à éviter une scission de la population représentée par deux couches bien distinctes, avec des droits et des obligations différentes. C'est donc une affaire extrêmement délicate et complexe.

Ces dernières années, la Ville de Bienne a fait de très bonnes expériences en jouant la carte de la neutralité active, qui consiste à défendre les intérêts de la Ville bilingue de Bienne, sans dicter au Jura bernois les décisions, que ce dernier doit ou non prendre. Je suis convaincu, de l'importance du rôle que joue la Ville de Bienne dans la création de liens entre le Jura bernois et le Canton de Berne. Je suis persuadé, que la population du Jura bernois est également consciente de l'importance du rôle de pont du Canton de Berne et que les décisions seront prises, à l'avenir, dans un sens qui contribue à renforcer notre bilinguisme. Je pense, que pour une fois, ce ne sont pas ceux qui crient le plus fort qui auront le plus de succès. Donc, je suis confiant, qu'en acceptant cette réponse, Monsieur Nicati, vous contribuez aussi au résultat que vous cherchez à obtenir.

### **Vote**

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.**

### **172. Postulat interpartis 20110125, Peter Isler, SP, Nathan Güntensperger, PVL, Daphné Rüfenacht, Verts Bienne, "Adhésion à l'alliance climatique des villes suisses"**

(Texte du postulat et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 4)

Le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat et de le radier du rôle comme étant réalisé.

**Güntensperger Nathan, GLP:** Ich danke dem Gemeinderat herzlich für die positive Aufnahme des Postulats und die Absicht, dieses umzusetzen. Ich hoffe, dass der Stadtrat dem zustimmen kann. Die Antwort beinhaltet in meinen Augen alles Wichtige und ich habe nichts anzufügen.

### **Vote**

**La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.**

**173. Interpellation 20110127, Daniel Hügli, SP, "Autonomisation d'Énergie Service Biel/Bienne (ESB): quand le Souverain pourra-t-il enfin s'exprimer (initiative ESV)?"**

(Texte de l'interpellation et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 5)

L'interpellant **n'est pas satisfait** de la réponse.

**Hügli Daniel, SP:** Mit der Antwort auf Frage eins bin ich einverstanden. Es befriedigt mich, dass die Abstimmung über die Initiative so bald stattfinden wird, eher als bei anderen Initiativen. Das finde ich positiv. Weniger gut finde ich aber, dass die Initiative einem Ausgliederungsreglement gegenübergestellt wird. Deshalb bin ich von der Antwort auf die zweite Frage nicht befriedigt. Es ist unglücklich, dass nicht zuerst ein Grundsatzentscheid über die Ausgliederung gefällt wird, bevor über eine neue Rechtsform abgestimmt wird. Zudem fand wohl bereits heute eine erste Konsultativabstimmung statt, als es darum ging, meine Interpellation 20110343 "Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel?" dringlich zu erklären. Auch wurde heute Abend über die Demokratie bereits diskutiert sowie darüber, dass demokratische Prozesse und Abläufe geschaffen werden, um die Volksanliegen in Biel zu fördern. Ich finde es seltsam, dass die Dringlichkeit für die Interpellation 20110343 "Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel?" nicht gewährt wurde, denn sie verlangt, dass aufgezeigt wird, wie die Abstimmung über die Initiative und über die Rechtsform des ESB möglichst fair und mit gleich langen Spiessen durchgeführt werden kann. Es kann doch nicht sein, dass darüber erst nach erfolgter Abstimmung diskutiert wird! Der Gemeinderat kann aber seine Antwort, auch wenn die Dringlichkeit des Vorstosses abgelehnt wurde, früher als erst in sechs Monaten dem Stadtrat vorlegen. Ich hoffe, er macht davon Gebrauch. Das wäre ein Zeichen dafür, dass Biel Wert legt auf Demokratie. Von der Antwort auf die Interpellation 20110343 "Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel?" bin ich - wie erwähnt - nicht befriedigt, danke aber für die Beantwortung.

**Schwickert Barbara, Sicherheitsdirektorin:** Danke für Ihr Votum, Herr Hügli. Ich verstehe Ihre Enttäuschung. Die Interpellation 20110343 "Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel?", für welche Ihnen heute die Dringlichkeit verwehrt wurde, macht natürlich nur dann Sinn, wenn sie möglichst rasch behandelt werden könnte. Ich kann garantieren, dass Biel die Demokratie so leben wird, wie dies die Stadt immer tut und wie dies auch bei anderen Initiativen der Fall war. Ich erinnere beispielsweise an die Initiative Passerelle zu den Doppelmandaten. Der Gemeinderat wird sich an diese Abstimmung anlehnen. Das Initiativkomitee wird sich in der Botschaft äussern können und der Gemeinderat wird wie üblich die Meinung des Stadtrates vertreten. Im Wahlkampf werden auch keine öffentlichen Steuergelder missbraucht werden, das ist klar. Von meiner Seite her kann ich dies garantieren, auch wenn vorliegend erst mündlich.

Mit der Antwort auf Frage 2 der vorliegenden Interpellation 20110343 "Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel?" ist Herr Hügli nicht einverstanden. Der Stadtrat hat im April dieses

Jahres (Geschäft 20060360 "Überprüfung der Rechtsform des ESB") jedoch klar beschlossen, dass der Gemeinderat die Grundlagen für die Ausgliederung des ESB in eine öffentlich-rechtliche Anstalt erarbeiten solle und zu einem späteren Zeitpunkt dann wieder darüber diskutiert werden kann. Es gehört zu den demokratischen Spielregeln, dass solche Entscheide akzeptiert werden.

**174. Interpellation interpartis 20110049, Salome Strobel, SP, Christoph Grupp, Verts Bienne, Roland Gurtner, Passerelle, "Quels sont les projets de construction prévus dans le secteur Beaumont - Berghaus - Ried?"**

(Texte de l'interpellation et réponse du Conseil municipal, voir annexe n° 6)

L'interpellante et les interpellants sont **satisfaits** de la réponse.

**Strobel Salome, SP:** Biel wächst und wächst. Immer mehr Grünflächen verschwinden, wie kürzlich im Madretschried oder aktuell in der Löhre oder in den Rebbergen von Vingelz. Biel wächst bis zu den Waldrändern und Wiesenlandschaften verschwinden. Jetzt ist langfristig auch die letzte grosse Wiesenfläche auf Stadtgebiet in Gefahr. Ich möchte vorausschicken, dass ich nichts gegen das Spital habe. Eine gute medizinische Versorgung der Bevölkerung ist auch mir sehr wichtig. Ich bin aber überzeugt, dass das Spital auch anders wachsen kann, als dass dafür Grünfläche geopfert wird. Ich hoffe, dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, bevor ins Grüne gebaut wird. Ich denke zum Beispiel an Verdichtung oder an die Überbauung anderer Flächen. Mit der Antwort bin ich zufrieden, der Inhalt der Antwort macht mir aber Bauchweh.

**Grupp Christoph, Grüne Biel:** Der Abend ist noch jung und so können es sich die Interpellierenden wohl erlauben, einzeln zu sprechen... Es ist mir klar, dass deren Voten in die gleiche Richtung gehen. Auch ich bin mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden, gleichzeitig bin ich aber auch schockiert. Zufrieden bin ich, weil die Antwort sehr aufschlussreich ist. Sie zeigt auf, was im Beaumont im Bereich oberes Berghaus und in Richtung Wald geplant ist. Zudem ist sie sehr transparent. Schockiert bin ich aufgrund der aufgezeigten Absichten und Pläne, welche plötzlich zum Vorschein kommen. So steht in der Antwort, dass die ursprünglich projektierte Fläche A nicht geeignet sei. Als Schlussfolgerung wird eine neue Fläche B eingezont. Dabei handelt es sich um eine riesige Grünfläche, wie bereits meine Vorrednerin sagte. Diese ist nicht vergleichbar mit einem x-beliebigen anderen Wiesenstück auf Gemeindegebiet. Aus Sicht von Natur- und Landschaftsschutz ist die Grünfläche eine städtische Natur- und Kulturlandschaft. Dieses Gebiet einfach einzuzonen ohne Alternativen zu prüfen oder aufzuzeigen, finde ich eine Zumutung. Es geht noch nicht darum, das Geschäft zu behandeln oder zu diskutieren, bevor nicht mehr Details vorliegen. Der Stadtrat muss sich aber bewusst sein, dass mit dieser Einzonung der einfachste Weg eingeschlagen wird. Bei Land, das für einige Personen kein Verlust darstellt, kann einfach ins Grüne hinaus gebaut werden. Es geht ja nichts verloren ausser einem Wäldchen und ein paar Gräsern...

Ich bin überzeugt, dass es andere Möglichkeiten gibt. Ich denke an die Aufstockung bisheriger Gebäude oder an den Abbruch älterer Wohnliegenschaften auf dem

Terrain des Spitals und einem anschliessenden Neubau. Sicher gibt es noch weitere Möglichkeiten. Für mich wird in dieser Antwort einfach der Weg des geringsten Widerstands skizziert. Der Berghausweg wird direkt tangiert. Ob dieser verlängert wird und wie die Verbindungen zwischen neuem und altem Spital verlaufen sollen, kann ich mir noch nicht vorstellen. Um eine lückenlose Anbindung gewährleisten zu können, müsste unter Umständen sogar die Strasse umgelegt werden. Ich denke, dass die Lösung einiges an Folgekosten auslösen würde. Ein weiteres Thema ist die Strasse durch den Wald. Ich denke, der Stadtrat müsste sich auch mit dem Gedanken auseinandersetzen, dass der Standort Beaumont für ein Regionalspital sehr ungünstig ist und möglicherweise in 20 oder 30 Jahren als gar nicht mehr geeignet angesehen wird. Jetzt hätte es die Stadt in der Hand, andere Gebiete für ein Spital zu suchen. Wird auf die Wiese gebaut, wird bei Null begonnen. Wieso könnten also nicht Teile des Spitals an einem anderen Ort gebaut werden? Dabei denke ich zum Beispiel an das Bözingenmoos, in perfekter Nähe zu Strassen und allenfalls zum Regiotram, sollte dieses realisiert werden. Sicher aber führt eine Bahnlinie durchs Bözingenmoos. Wahrscheinlich gäbe es auch andere städtische Gebiete, welche für ein Spital sehr viel besser geeignet wären und zudem Expansionsmöglichkeiten böten. Die diesbezüglichen Diskussionen muss sich der Stadtrat noch aufsparen. Ich hoffe aber, dass die angestrebte Umzonung nicht zu Stande kommt und wage zu bezweifeln, dass das Volk einer solchen zustimmen würde. Dem Gemeinderat danke ich für die Beantwortung. Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat noch ein paar Male über dieses Thema diskutieren wird.

**Gurtner Roland, Passerelle:** La réponse du Conseil municipal met en lumière certaines caractéristiques des projets en cours dans le secteur du "Berghaus". Je constate néanmoins, que cette réponse reste vague sur certains points. L'article publié le 18 octobre 2011 dans le Journal du Jura donne, à mon sens, des réponses beaucoup plus détaillées sur ces projets. La nouvelle stratégie du Conseil municipal, qui consiste à répondre aux interventions des Conseillers et Conseillères de ville par la voie de la presse, reviendrait à accorder aux journalistes une plus grande considération qu'aux parlementaires, ce qui à mon sens est déplorable. Je tiens à rappeler au Conseil municipal, que les conseillers et conseillères de ville s'investissent personnellement dans l'examen de chaque dossier et méritent par conséquence toute l'estime qui leur est due.

Voici la position du mouvement Passerelle sur les projets de construction du Conseil municipal dans le secteur du "Berghaus": Passerelle s'oppose à ce que plus de 20% de la zone du "Berghaus" soit sacrifiée pour l'agrandissement du Centre hospitalier. Il s'agit d'une zone agricole et de protection du paysage, votée par le peuple. Plus qu'une zone de détente, appréciée par la population biennoise, cette zone de grande valeur sur le plan écologique est aussi la dernière surface non-construite, au pied du Jura. Passerelle s'engage à la préserver. S'agissant de la construction d'une route d'accès au Centre hospitalier par le nord, Passerelle n'accepte sa construction, que sous certaines conditions relatives aux dimensions et au tracé de cette nouvelle route d'accès.

Enfin, j'aimerais poser quelques questions au Conseil municipal:

- Pourquoi le terrain dont dispose le Centre hospitalier, au nord de la zone A sur le plan, se prête t'il mal à l'agrandissement du Centre hospitalier?
- N'y a-t'il pas une possibilité de construire en hauteur?



- La zone ouest du "Berghaus", que la Ville envisage de céder au Centre hospitalier comprend une petite forêt. Un lieu de reboisement, pour compenser l'abattage de ces arbres, a-t'il déjà été prévu ?
- Conformément aux exigences de la Loi fédérale sur les forêts, le Conseil municipal affirme ne vouloir entrer en matière sur une modification du plan de zone, que si un certain nombre de conditions cadres sont respectées. Quelles sont ces conditions cadres? Je tiens néanmoins à préciser, que cette réponse est en contradiction avec les informations diffusées dans le Journal du Jura, qui affirment que la Ville propose de céder les 14'000 m<sup>2</sup> du "Berghaus" à un prix de 450 à 550 fr. le m<sup>2</sup>.

Finalement, pourriez-vous me donner davantage de précisions concernant le projet de route permettant l'accès au Centre hospitalier, par le nord à travers la forêt:

- Quel est l'état d'avancement de ce projet?
- Un tracé a-t'il été défini? Si oui, quelle est la largeur de ce tracé?
- Une piste cyclable et un trottoir sont-ils prévus?
- L'autorisation de défricher cette zone a-t'elle été accordée?
- Combien coûtera ce projet à la Ville de Bienne? La réponse à cette question figure également dans l'article du Journal du Jura. Cependant, j'aimerais que le Directeur des travaux publics de Bienne, Monsieur Klopfenstein, me confirme ce chiffre.

**Grünenwald Samuel, UDF:** Je suis heureux d'entendre, que l'interpellante et les interpellants sont satisfaits de la réponse du Conseil municipal. Certes, la question du développement du Centre hospitalier de Bienne est complexe. Notre hôpital génère énormément d'emplois et les habitants et habitantes du "Berghaus" sont particulièrement concernés par les nuisances générées par cet état de fait. Résidant moi-même dans le quartier depuis bientôt 40 ans, je peux parfaitement juger des mauvaises conditions de circulation et de bruit dans le quartier du "Berghaus". À première vue, le Conseil municipal a répondu d'une manière très sage à cette interpellation interpartis. Je reste persuadé, que le Conseil municipal mène des échanges et des pourparlers positifs avec les riverains du Centre hospitalier de Bienne. Certes, en l'état rien n'est simple. Le Conseil municipal doit en effet apporter des propositions viables et satisfaisantes. Construire en hauteur est cependant, à mon avis, un non-sens. Personne ne veut d'une tour au Centre hospitalier. Ce genre de construction dérangerait beaucoup plus les habitants et habitantes du quartier qu'une extension du Centre hospitalier sur la zone ouest du "Berghaus".

S'agissant de la route d'accès au Centre hospitalier de Bienne par le nord, les propositions faites par la Ville ne sont, ni satisfaisantes, ni envisageables. Il existe certainement d'autres moyens de réaliser cette voie d'accès. J'aimerais rappeler, que ce projet doit être considéré comme l'un des projets phares de la Ville de Bienne. L'accès au Centre hospitalier est une chose nécessaire et urgente. Dès lors, la réalisation de ce projet doit être menée de manière positive, en impliquant tous les acteurs concernés. Le but de ce projet n'est pas de détruire la forêt. Il convient cependant de chercher une solution garantissant la continuité et le développement des tâches du Centre hospitalier de Bienne. L'interpellante et les interpellants prétendent, que la route d'accès au Centre hospitalier par le nord, n'est pas à sa place. Il ne faut toutefois pas oublier, que dans 50 ans, il faudra certainement à nouveau déplacer ce tracé. Aucun tracé ne perdure à l'infini. Le Centre hospitalier de Bienne a sa place dans le secteur du "Berghaus", sauf peut-être si la Ville décide, comme le Journal du Jura le rapporte, de construire au sud. En effet, les maisons

situées entre le chemin du Clos et le Petit-Chêne se situent à moins de 100 mètres du Centre hospitalier. Certaines propositions visent à acheter ces immeubles, mais là n'est pas la question. Il faut laisser les gens vivre et laisser le Centre hospitalier exister et vivre en paix.

**Strobel Salome, SP:** Etwas vergass ich zu fragen. Ich wollte noch wissen, ob es Probleme gibt beim Anschluss der A5 in Richtung Bern? Unter Punkt 6 der Antwort steht nämlich, dass die Zufahrtsstrasse bis zum Spitalzentrum Bern geführt werden solle...

**Klopfenstein Hubert, Baudirektor:** Dafür, dass die RednerInnen von der Antwort befriedigt, wenn auch vom Inhalt schockiert sind, danke ich. Alle betonten, es handle sich um eine ehrliche Antwort. Es wurde gefragt, weshalb im Journal du Jura mehr stand als in der Antwort. Die Berichterstattung im Journal du Jura war nicht falsch. Seit der Beantwortung der Interpellation hat sich das Geschäft jedoch weiterentwickelt.

Das Projekt steht natürlich noch ganz am Anfang. Es muss deshalb keine lange Diskussion geführt werden. Aus der Antwort des Gemeinderats werden die drei Stossrichtungen ersichtlich:

1. Eine Nordzufahrt ist ganz klar erwünscht. Diese würde dem Spital dienen, aber auch zu einer massiven Entlastung des Beaumont-Quartiers beitragen. Davon würden das Quartier, das Spital und die ganze Stadt profitieren.
2. Der nördliche Teil, auf den Plänen Teil A, wäre für den Wohnungsbau vorgesehen. Es handelt sich um Terrain, das dem Spital gehört und es kann dieses verkaufen.
3. Der heikle Teil ist, dass der östliche Teil des Landschaftsschutzgebietes Berghaus beansprucht wird für die Spitalerweiterung.

Heute kann aber noch nicht gesagt werden, wieviele m<sup>2</sup> schlussendlich überbaut würden. Es handelt sich erst um eine Vision. Natürlich würde ein Spital heute nicht mehr an diesem Standort gebaut. Das bestehende Spital hat aber einen Wert von CHF 1 Mrd.! Es kann nicht einfach verpflanzt oder an einem anderen Standort neu gebaut werden. Ich verstehe den Kanton, wenn er am heutigen Standort festhält. Das Spital muss sich aber auch entwickeln können, auch dies wird vom Kanton unterstützt. Spitäler stehen untereinander in einem Konkurrenzkampf. Das Spitalzentrum kann sich aber nur erweitern, wenn es den Ostflügel ausbauen kann. Spitäler können nicht so einfach umgebaut werden, beispielsweise einfach Operationssäle aufgestockt werden. Die Situation ist eine andere als bei der Industrie. Bei den Bettenhochhäusern der Insel in Bern oder auch in Luzern wurde zuerst ein Neubau erstellt und erst danach der Altbau zurückgebaut. Dadurch entstand eine Freifläche, wobei nach 30 oder 40 Jahren auch diese überbaut wurde. Für ein Spital ist es sehr schwierig, sich intern zu vergrössern. Das Spitalzentrum braucht einfach mehr Fläche, wenn es sich entwickeln will und die einzige Möglichkeit in Biel ist eine Erweiterung in Richtung Osten. Aber wie gesagt, befindet sich die Planung noch in einem sehr frühen Stadium. Die Stadt hat dem Kanton signalisiert, dass sie bei einer Lösung mitmachen wird, die dem Spital dient, zumal das Spitalzentrum mit ungefähr 1'000 Angestellten einer der grössten Arbeitgeber der Stadt ist. Der Kanton unterstützt das Spitalzentrum mit viel Geld. Andere Regionen wie etwa der Jura, das Simmental oder der Oberaargau kämpfen um ihre Spitäler und ausgerechnet dort, wo der Kanton eines unterstützen will, verhält sich die politische Behörde zurückhaltend.

Meiner Meinung nach ist das ein gefährliches Spiel und persönlich bin ich der Ansicht, dass die politische Behörde tätig werden muss. Ob schlussendlich tatsächlich so viele m<sup>2</sup> Land nötig sind, wie in der Antwort steht, ist noch völlig unklar. Ich brauche nicht mehr dazu zu sagen, denn es steht alles in der Antwort.

Das Mitwirkungsverfahren hat noch nicht begonnen, denn der Gemeinderat ist noch weit von einem klaren Projekt entfernt. Er stellte dem Spital klare Bedingungen und zeigt Bereitschaft, zu verhandeln. Das Spital muss aber erst dartun, dass so wenig Land wie möglich benötigt wird. Was die nördliche Spitalzufahrt anbelangt, wurde bereits eine Machbarkeitsstudie erarbeitet, die vom Kanton genehmigt wurde. Es wäre demnach möglich, eine Nordzufahrt von der Leubringenstrasse her zu realisieren. Sie würde ungefähr CHF 8 Mio. kosten. Der Gemeinderat stellte bereits in Aussicht, dass sich die Stadt mit ungefähr 20% an diesen Kosten beteiligen würde, da das Quartier durch diese Strasse massiv entlastet würde. Der Rest müsste vom Spital und vom Kanton bezahlt werden. Damit würde eine Win-Win-Situation entstehen.

Herr Gurtner stellte die Frage, weshalb es nicht möglich sein soll, das in der Karte mit A gekennzeichnete Gebiet für das Spital zu überbauen. Erstens handelt es sich um eine Hanglage, das macht einen Bau kompliziert. Zudem würde das Spital in zwei Teile aufgeteilt, welche durch eine Strasse getrennt sind. Dies wäre eine Verschlechterung. Für das Spital kommt nur eine Erweiterung des Ostflügels in Frage. Weiter wurde gefragt, ob eine Ersatzfläche für den gerodeten Wald gesucht worden sei. Es stimmt, dass ein Teil des Waldes gerodet werden müsste. Es gibt natürlich auch Ersatzflächen, da es sich ja nicht um ein riesiges Waldstück handelt. Herrn Gurtners dritte Frage habe ich leider vergessen. Ich gehe aber davon aus, dass die Aussagen im Journal du Jura zutreffen.

## 175. Discours d'adieux Paul Blösch

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** Cher Paul, tu es entré pour la première fois au Conseil de ville en 1985. En 1989, tu l'as quitté pour t'occuper de ta petite famille, suite à la naissance de votre 3<sup>ème</sup> enfant. En 1996, tu as refait ton entrée au Parlement. Au cours de tes vingt ans d'engagement politique, tu as toujours défendu avec conviction les valeurs qui te sont chères. Tu quittes Bienne pour t'installer à Nidau dans la maison familiale. Au nom du Conseil de ville, je te remercie chaleureusement pour ton grand engagement et te souhaite, ainsi qu'à toute ta famille, tout de bon pour l'avenir. Au plaisir de te rencontrer à une prochaine occasion.

**Nicati Alain, au nom du Groupe Forum:** D'une très grande intelligence, systématique dans sa réflexion et toujours dans la ligne qu'il estime la plus appropriée, voici quelques unes des qualités de Paul Blösch. Paul appartient à ce groupe de politiciens, dont l'absence conduit rapidement à se perdre dans les problèmes. Paul, tu possèdes la grande qualité de savoir ce qu'il faut dire et quand le dire. Tu as toujours sous la main la meilleure façon de répondre et les atouts favorisant les très belles amitiés. Il existe quatre groupes de politiciens: ceux qui parlent de tout sans ne rien connaître, ceux qui connaissent le sujet et y réfléchissent,

mais n'en parlent pas, ceux qui en parlent la prochaine fois et ceux qui savent ce qu'il faut dire au moment propice. Tu fais partie de ce dernier groupe et je t'envie, cher Paul, d'avoir cette qualité. Tu déménages à Nidau. Hélas, nos communes n'ont pas encore fusionné, sinon le Conseil de ville t'aurait bien gardé. Il nous reste tout de même l'espoir, que la charmante dame qui te succède remplisse son mandat avec la même perspicacité et efficacité que toi. J'avais prévu encore une ou deux phrases piquées de ton exposé, pour donner un peu de couleur à cet hommage, mais finalement, je n'attends plus que tu prennes la parole. Je me réjouis de te rencontrer au repas du Groupe Forum et au souper de fin d'année du Conseil de ville. Entre deux verres de vin, tu nous raconteras un peu de ta nouvelle vie, qui j'espère soit moins remplie de messages et de dossiers. Je suis persuadé que ta famille se réjouit. Paul, ne vieillit pas trop vite! Bon succès dans ta famille et bon succès dans ton travail.

**Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP:** Lieber Paul, im Namen der Fraktion SP möchte ich ein paar Worte verlieren. Schliesslich bist du ein langjähriges Mitglied des Stadtrates. Die Fraktion SP erlebte dich immer als sehr diskret und im Umgang als angenehm und wertschätzend und schätzte dich auch sehr als Rats- und Kommissionsmitglied. Dies nicht nur, weil du ab und zu mit der Fraktion SP gestimmt hast und ihr somit zu Mehrheiten verhalfst, sondern auch, weil deine Meinung stets Hand und Fuss hatte. Deine Voten zeugten von Sachverstand und von einem gesunden Menschenverstand. Die Fraktion SP erlebte dich als geradlinig und verlässlich und sie hatte immer den Eindruck, du seiest an einer konstruktiven Zusammenarbeit sehr interessiert. Dies durfte ich auch in der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade mehrfach erleben. Obwohl die Fraktion SP deinen Rücktritt nachvollziehen kann, bedauert sie ihn sehr. Dies umso mehr nach der heutigen Debatte zum Budget, verliert doch die Stadt auch einen guten Steuerzahler. Trotzdem wünscht dir die Fraktion SP herzlich alles Gute für deine Zukunft in Nidau. Nidau ist nicht weit weg, vielleicht begegnen wir dir ab und zu in Biel oder in Nidau.

**Grupp Christoph, Fraktion Grüne Biel:** Paul Blösch ist einer, der nicht grosse Worte braucht, aber das Richtige im richtigen Moment sagt. So erlebte ich ihn beispielsweise in der Taubenlochgesellschaft, welche er präsidiert. Ich hoffe, er behält dieses Amt und bleibt so im Dienste der Stadt und von uns allen. Merci viel Mal und alles Gute!

**Blösch Paul, EVP:** Herzlichen Dank für die netten Worte, welche mich sehr freuten. Auch für mein heutiges Votum habe ich Notizen gemacht. Leider ist es mir nicht gegeben zu sprechen, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Oft habe ich diejenigen benieden, die am Rednerpult frisch von der Leber weg oder aus dem Bauch sprechen können. Bei einigen kamen auch manchmal Voten aus dem hohlen Bauch... (*Gelächter*). Das eine oder andere Mal schlug mir denn auch ein Votum auf den Magen, nie aber kam mir die Galle hoch. Die Debatten waren immer fair und korrekt. Es gibt auch Leute, die aus dem Kopf sprechen. Am liebsten waren mir aber diejenigen, die von Herzen sprachen.

Nach ziemlich genau 20 Jahren trete ich aus dem Stadtrat zurück. Es gibt Leute, die haben die Nase oder die Hose voll. Bei mir trifft beides nicht zu. Es ist mir nicht verleidet im Stadtrat. Eher habe ich noch die Ohren voll von all den Voten. Auch den Kopf habe ich voll mit allerlei Ideen zur Situation der Stadt und der Gesellschaft. Das

Herz habe ich voller schöner Erinnerungen an gelungene Stadtratssitzungen, an Gespräche und Begegnungen. Warum höre ich also auf? Es wurde bereits gesagt: vor drei Monaten konnten meine Frau und ich das schwiegerelterliche Haus in Nidau übernehmen, ein herziges Häuschen am Nidau-Büren-Kanal. Es ist natürlich schon eine Verlockung, dorthin zu zügeln. Im Moment sind wir am Umbauen und im nächsten Frühling werden wir umziehen. Schon bald gibt es in Nidau also auch ein Blöschhaus (*Gelächter und Applaus*). Zwar residiert dort nicht der Stadtpräsident, sondern nur ich, meine Frau und unser Hund, aber immerhin.

Zukünftig wird es im Stadtrat also keine Verwechslungen mehr geben zwischen den Herren Bösch und Blösch. Ich freue mich sehr, meinen Sitz meiner Nachfolgerin, Renate Oliveira, übergeben zu können. Sie ist Sportlehrerin und im besten Alter, nämlich ein Jahr jünger als ich. Zum Schluss möchte ich allen Anwesenden danken für all die guten Begegnungen und Gespräche. Besonders danken möchte ich den Mitgliedern der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade, die Zusammenarbeit mit ihnen war stets sehr gut. Ich wünsche allen viel Gutes für ihre Arbeit im Stadtrat und hoffe, alle bei nächster Gelegenheit wieder zu sehen, wahrscheinlich beim Schlussessen des Stadtrats (*Applaus*).

**Esseiva Monique, présidente du Conseil de ville:** La séance arrive à son terme, je vous souhaite une bonne nuit.

**176. Nouvelles interventions**

<b>20110337</b>	<b>Motion urgente Barbara Chevallier / Béatrice Sermet-Nicolet, PSR</b>	<b>BSK</b>
	Qualité de l'accueil des enfants à l'École à journée continue (EJC) Qualität der Betreuung in den Tagesschulen (TS)	FIN
<b>20110338</b>	<b>Postulat urgent Pablo Donzé, Groupe Verts Bienne</b>	<b>PRA</b>
	Engagement au sein du Comité «Liaison directe» pour la ligne ICN Bienne – Delémont - Bâle Einsatz im Komitee «Liaison directe» zugunsten der ICN-Linie Biel – Delsberg - Basel	
<b>20110339</b>	<b>Motion Fritz Freuler, Grüne Biel</b>	<b>FIN</b>
	Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus Encouragement de la construction de logements d'utilité publique	
<b>20110340</b>	<b>Motion interpartis Nathan Güntensperger, GLP, Cédric Némitz, PSR/SP, Pierre-Yves Grivel, PRR/Forum Biel/Bienne, Claire Magnin, Les Verts</b>	<b>FIN</b>
	Mandatsverwaltung und Stadtratsportal Gestion des mandats et portail Internet du Conseil de ville	SRB
<b>20110341</b>	<b>Postulat Barbara Chevallier / Béatrice Sermet-Nicolet, PSR</b>	<b>BSK</b>
	Des espaces publics pour toutes et tous Öffentliche Räume für alle	BAU
<b>20110342</b>	<b>Postulat Fritz Freuler, Grüne Biel</b>	<b>BAU</b>
	Für eine weitsichtige Wohnbaupolitik der Stadt Biel Pour une politique clairvoyante de la Ville de Bienne en matière de construction de logements	BSK, FIN, PRA
<b>20110343</b>	<b>Interpellation Daniel Hügli, SP</b>	<b>PRA/STK</b>
	Ausgliederung ESB: Abstimmungspropaganda mit städtischen Steuergeldern gegen die Interessen der Stadt Biel? Autonomisation d'ESB: propagande de votation contre les intérêts de la Ville de Bienne avec l'argent des contribuables ?	SID
<b>20110344</b>	<b>Interpellation Pascal Fischer, Die Eidgenossen</b>	<b>SID</b>
	SIP vs Police Bern SIP contre Police Berne	

***Fin de la séance / Schluss der Sitzung: 22.05 heures / Uhr***

---

***La présidente du Conseil de ville / Die Stadtratspräsidentin:***

Monique Esseiva

***La secrétaire parlementaire / Die Ratssekretärin:***

Regula Klemmer

**Protokoll:**

Katrin Meister

Lilian Stähli

**Procès-verbal:**

Ana Gonzalez

Claire-Lise Kirchhof